

Grenzfriedensbund

Anschrift: Hafendamm 15, 2390 Flensburg Geschäftsführerin: Ingrid Schumann
Sprechzeit: Montag bis Freitag 9.30-12.00 Uhr Fernsprecher (04 61) 2 67 08 Au-
ßerhalb der Geschäftszeit (04 61) 3 52 49

Beitrag: 12 DM für Einzelmitglieder, 25 DM für Verbände, Schulen usw.

Bankkonten: Stadtparkasse Flensburg 2 001 020 (BLZ 215 500 50) Sparkasse
NF Husum 13 862 (BLZ 217 500 00)

Postgiroamt: Hamburg 114 07-206 (BLZ 200 100 20)

WAS DIESES HEFT BRINGT

*Seite**Lorenz Rerup und Reimer Hansen*

Europa in seinen Regionen

Schleswig - ein europäisches Beispiel für die
Entstehung, den Verlauf und die Lösung nationaler Konflikte.....56*Walter Asmus*

„Die Verantwortung der Lehrer ist so groß..

Erinnerungen an die Gründung der

Pädagogischen Hochschule Flensburg (1946-1950).....79

Detlef Körte

Das Institut für schleswig-holsteinische

Zeit- und

Regionalgeschichte.....84

Umschau ab Seite 90

Die Grenzfriedenshefte werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.
Sie erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.
Einzelheft 6,- DM.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Redaktion der Grenzfriedenshefte:

Dr. Jörn-Peter Leppien, Hedwig-Marggraff-Str. 21, 24955 Harrislee Artur Thomsen (verantwortlich), Holstengang 4, 24937 Flensburg
Redaktionsanschrift: Hafendamm 15, 24937 Flensburg

Satzerstellung: Satzkontor CICERO GmbH - Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg
Druck: Harry Jung - Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg

Europa in seinen Regionen

Schleswig - ein europäisches Beispiel für die Entstehung, den Verlauf und die Lösung nationaler Konflikte

von LORENZ RERUP und REIMER HANSEN

Vom 21. bis 23. Januar 1993 veranstaltete die Historische Kommission zu Berlin eine internationale Konferenz unter dem Thema „Nation-Region-Europa. Nationen und Regionen in Europa - Europa in den Nationen und Regionen (19. und 20. Jahrhundert)“. Den Historikern Lorenz Rerup (Roskilde) und Reimer Hansen (Berlin) war die Aufgabe übertragen worden, über „Europa in seinen Regionen: Das Beispiel des preußisch- bzw. deutsch-dänischen Grenzraums (a. aus dänischer, b. aus deutscher Sicht)“ zu referieren. Sie haben ihre Beiträge den Grenzfriedensheften zur Verfügung gestellt. Im Folgenden werden beide Referate ohne Anmerkungen und Belege wiedergegeben. Eine vollständige Veröffentlichung ist in dem von der Historischen Kommission zu Berlin beabsichtigten Band vorgesehen, der alle Beiträge der internationalen Konferenz enthalten soll.

Beitrag von LORENZ RERUP

In einer Welt und auf einem Erdteil, der schon wieder von schroffen nationalen Gegensätzen zerrissen wird, ist es mir eine besondere, ja schon fast pharisäische Genugtuung, ein Grenzland vorzustellen, das nicht länger ein Streitapfel ist, in dem die verschiedenen Nationalitäten nicht länger trennend, sondern eher verbindend wirken. Dieser Zustand hat sich jedoch erst im Laufe der letzten vier, fünf Jahrzehnte herausgebildet. Er ist durchaus nicht vom Himmel gefallen, sondern ist das Ergebnis eines bewußten politischen Handelns. Deutsche und dänische Politiker innerhalb und außerhalb der Grenzregion und natürlich auch breite Kreise im Grenzland haben diese Befriedung gewollt und sie dann nach und nach durchgesetzt. Das war durchaus nicht einfach.

I.

Seit den Abstimmungen von 1920 ist Schleswig bekanntlich zwischen Dänemark und Deutschland geteilt. Nördlich der Grenze lebt eine deutsche Minderheit, die bei den letzten Amtratswahlen (1989) 4.877 Stimmen auf sich zog und die 18 Schulen mit 1.184 Schülern betreibt. Südlich der Grenze erreichte die dänische Minderheit bei den letzten Landtagswahlen 28.237 Stimmen und einen Sitz im Kieler Landtag. Diese Minderheit hat 53 Schulen mit 5.270 Schülern. Auf die weiteren Fazilitäten, die den beiden Minderheiten zur Verfügung stehen, soll hier

nicht näher eingegangen werden. Sie können sich auf kirchlichem Gebiet, in Vereinen und überhaupt kulturell frei entfalten. Finanziell unterstützt sie der jeweilige Herbergsstaat etwa wie andere Bürger des Landes - und was darüber hinausgeht, decken die jeweiligen Mutterländer. Diese Beträge sind nicht geringfügig, denn beispielsweise ein alternatives Minderheitenschulwesen zu betreiben, ist recht teuer. Hier ist in etwa die Rede von einer Verdoppelung der Unkosten.

Wenn das Zusammenleben der jeweiligen Minderheit mit der Mehrheitsbevölkerung auch heute nicht unproblematisch ist, hängt das damit zusammen, daß beide Mehrheiten erodierend auf ihre Minderheiten einwirken. Die moderne Gesellschaft mit ihrem überaus reichlichen Medienstrom dringt in jedes Haus, in jede Familie ein und läßt sie nicht unberührt. Hinzu kommen Migrationen, die Minderheiten besonders schwer treffen können. Aber wenn man die Minderheiten nicht geradezu in ein Reservat stecken will, ist der heutige Zustand im Grenzland doch Ausdruck eines beiderseitigen guten Willens. Es zeigt sich, daß die so geschaffenen guten Lösungen der schleswigschen Grenz- und Minderheitenprobleme ihre Region bereichern, was wiederum andere Formen regionaler Zusammenarbeit erleichtert, wenn nicht sogar fördert. Dadurch wird die Region zu einem konkreten Baustein des europäischen Zusammenlebens.

II.

Die Vorgeschichte dieser guten Nachbarschaft ist lang und durchaus nicht immer freundlich. Sie fängt gut an. In der vornationalen Zeit war Schleswig Teil des dänischen Gesamtstaates. Dieser Gesamtstaat bestand um 1800 noch aus den Königreichen Dänemark und Norwegen (das 1814 verloren ging) sowie den Herzogtümern Schleswig und Holstein, den nordatlantischen und westindischen Besitzungen, schließlich auch aus kleineren Kolonien an der Goldküste und in Indien. Er war nicht nur multi-ethnisch in seiner totalen Zusammensetzung, das Gleiche galt oft auch in den einzelnen Teilgebieten, z. B. in Schleswig, wo die Bevölkerung im südlichen Teil des Landes niederdeutsch, im westlichen Teil friesisch und im Norden dänische Dialekte sprach, die Oberschicht in den Städten jedoch auch im nördlichen Teil überwiegend deutsch. Die Schleswiger faßten sich als Bewohner einer besonderen Region auf. Teile der Oberschicht weiteten die Region auf die Herzogtümer aus, die eine vom Königreich abweichende, altertümliche Verwaltungsstruktur hatten. Der Regionsbegriff zeigt sich hier wie sonst auch als schwierig zu fassen. Er kann wirtschaftlich, verwaltungsmäßig, auch aus dem Bewußtsein der Einwohner konstruiert werden und erhält dadurch einen fast quallenhaften Charakter, der ihn auf- und abschwellen lassen kann.

Die wirtschaftlich entwickelten Gebiete dieses Staates waren alle Küstengebiete, die durch eine lebhaftere Schiff- und Kleinschiffahrt miteinander verbunden waren.

Nur so konnten damals Massengüter wie Korn und Ziegelsteine zu erschwinglichen Preisen transportiert werden, und Norwegen war auf die Einfuhr von Getreide angewiesen und konnte seinerseits Fisch- und Holzprodukte liefern. Ein spätes Zeugnis hierfür ist, daß noch bis 1880 eine Eisenindustrie in Flensburg um 30% billiger mit Eisen und Kohle aus England beliefert werden konnte als aus dem Deutschen Reich. Das globale Ringen zwischen England und Frankreich in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts gab dazu den Reedern der größeren Städte einzigartige Möglichkeiten, unter neutraler Flagge einen weltumspannenden Handel zu betreiben. In der Grenzregion galt dies für Flensburg und für Apenrade. Flensburg wurde damals eine reiche Stadt und profitierte besonders von dem Handel aus Dänisch-Westindien, der Rohrzucker, Kaffee, Tabak, Tee, Reis, Rum und Kupfer in die Stadt brachte: Waren, die dann von Flensburg aus nach Nord- und Westeuropa exportiert wurden. Auch Apenrade zog Gewinn aus dieser Entwicklung. Ein anderes altes regionales Gewerbe war die Mast von Ochsen aus Westjütland. Hier lag zwischen Küstenlandschaft und Heide ein schmales Gebiet, das Viehzucht betrieb. Von hier wurden die ausgewachsenen Tiere in die Marschen getrieben, dort gemästet und besonders nach Hamburg verkauft. Der ideologische Kitt dieses Gesamtstaates, von der Regierung auch direkt propagiert, war der Gesamtstaatspatriotismus, dessen Träger die Beamten und das gehobene Bürgertum der Städte waren. In diesem Patriotismus identifizierte man sich nicht mit Volk, Sprache und Eigenart, sondern mit dem König, d. h. mit der Dynastie, mit dem Staat und mit seinen Institutionen, besonders mit der Flotte und mit dem Gesetz. Die Fahne der 1800 gegründeten Christiansgarde in Flensburg trug die Inschrift

„Ehre dem König
Liebe dem Vaterland
Gehorsam dem Gesetz“

Es war nicht schwer, diesem Programm Folge zu leisten. Jeder gebildete oder ausgebildete honette Mensch konnte ihm nachkommen. Wir haben aus dieser Zeit ein ganzes Bukett von Staatsmännern, deren Vorfahren oder die selber in den Gesamtstaat eingewandert waren. Ich erinnere nur an die Schimmelmanns, Bernstorffs, Bülows, Reventlows, oder an Scheel-Plessen. Der aufgeklärte Absolutismus führte ein mildes, geradezu fortschrittliches Regiment. Großartige Reformen, wie die Agrarreformen des ausgehenden 18. Jahrhunderts und die Einführung der allgemeinen Unterrichtspflicht in den Städten wie auf dem Lande, machten die Bürger stolz, und da die kluge und vorsichtige Außenpolitik der Bernstorffs den Gesamtstaat aus den großen Kriegen heraushielt, blieb die ansehnliche

Kriegsflotte intakt, die Staatsausgaben modest, die Steuerlasten erträglich. Auch diese Flotte erfüllte die Untertanen des Königs mit Stolz.

Was die Sprache anbelangt, heißt es 1777 abschließend in einem Schulbuch für die studierende Jugend (verfaßt von dem norwegisch-dänischen Historiker Peter Frederik Suhm): „Liebet Euer Vaterland über alle Dinge. Und was ist Euer Vaterland? Alle Lande des Königs, Dänemark, Norwegen, Holstein und Island, keines ausgenommen. Laßt den schlechten Unterschied aufhören. Dänisch, Norwegisch und Holsteinisch zu sein. Gewiß sind Eure Sprachen etwas verschieden; aber Gott versteht Euch alle, ein König beherrscht Euch alle. Fürchtet Gott, ehret den König.“ Dieser Patriotismus, der seine Wurzeln im Rationalismus hatte, war auch lokalgebunden. So konnte kurz vor Ausbruch des Krieges, der dem Wohlstand ein Ende setzte, ein Flensburger Kaufmann schreiben:

„Für der Heimat Ruh' und Rechte
kämpfen hier nicht Soldesknechte;
Dänen, Friederichs Gebot
führt zum Siege oder Tod!“

Dieser Gesamtstaatspatriotismus ist reich bezeugt. Er stellte ganz und gar keine politischen Ansprüche, wie etwa ein Verlangen nach der Mitbestimmung der Regierten. Für uns ist er in seiner Ablehnung der Sprache als trennendes Element schwer nachzuempfinden, aber damals erfüllte er seine Funktion und war bis in die 1840er Jahre unangefochten die Staatsideologie der Region. Sozial war er jedoch nur in einer schmalen Schicht verankert, auch geographisch vor allem auf die Städte beschränkt. Unter ihm scheint das alte Eigenbewußtsein der Landschaften und Stände weitergelebt zu haben, natürlich als Folge davon, daß wir uns in einer Gesellschaft befinden, in der die übergeordnete, Landschaften und Regionen übergreifende Kommunikation nur schwach entwickelt war. Es wurde in Wirklichkeit erstaunlich wenig regiert. Als Beispiel hierfür mag dienen, daß die Schleswig-Holsteinisch-Lauenburgische Kanzlei, die Kopenhagener Zentralbehörde der Herzogtümer, im Jahre 1848 nur 29 Personen umfaßte. Ein politisches öffentliches Leben entstand erst Mitte der 1830er Jahre. Zeitungen waren wenig verbreitet. Nur kleine Schichten hatten an der übergreifenden Verwaltungs- und Handelskommunikation teil. Sie waren mehrsprachig. Im übrigen hatte man für den Alltag und den Hafен- und Handelsverkehr das Plattdeutsche als lingua franca der westlichen Ostsee.

III.

Viele Faktoren machten diesen vornationalen Gesamtstaat brüchig, auch schon

lange, bevor der Nationalismus in seinem zerfallenen Gemäuer Wurzeln schlug. Der einflussreichen schleswig-holsteinischen Ritterschaft war schon 1802 der Eingriff des Königs in ihre Steuerfreiheit ein Stein des Anstoßes. Der Krieg an der Seite Napoleons gegen England (1807-14), eingeleitet durch den britischen Überfall auf Kopenhagen und den Raub der dänischen Flotte, führte zum Verlust von wertvollen Fernhandelsmärkten, zu großen Verlusten in der Handelsflotte, störte, ja verhinderte sogar den Binnenhandel im Gesamtstaat und schwächte ihn finanziell bis zum Staatsbankrott (1813), brachte schließlich auch die Kosaken ins Land. Schließlich ging Norwegen im Frieden von Kiel 1814 verloren. Der Reststaat wurde für 20 Jahre überaus zurückhaltend regiert. Eine mörderische Deflation lähmte Handel und Gewerbe, und Streitigkeiten über die Geldreform schufen eine schlechte Stimmung zwischen den Herzogtümern und dem Königreich. Hinzu kam viel zu spät (1838) ein Zollgesetz, das versuchte, die Zoll- und Abgabenverhältnisse der Herzogtümer neuzeitlichen Verhältnissen anzupassen. Der eingeschränkte Absatzmarkt für Getreide (engl. Einfuhrverbot bis 1828, gleitender Komzoll bis 1846, in dieser Zeit besondere Möglichkeiten des Gesamtstaats; Verlust Norwegens) führten zu massenhaften Zwangsauktionen in der Landwirtschaft. Erst in der Mitte der 1830er Jahre wurden längst überfällige, ratgebende Ständeversammlungen mit Repräsentanten für größere und kleinere Landbesitzer und für Hausbesitzer in den Städten eingerichtet und führten umgehend zu einer ersten politischen Öffentlichkeit. Für die Herzogtümer, auch für südliche Teile des Königreichs, wurde Hamburg damals die wirtschaftliche Hauptstadt, nicht das geschwächte Kopenhagen. Hamburg, durch die napoleonischen Kriege schwer betroffen, wurde durch englisches Kapital schnell regeneriert, um Umschlagsort für den englischen Handel mit dem Kontinent zu werden. Hierzu trat dann der Nationalismus. Moderne nationale Gedanken wurden in den Herzogtümern bis in die 1830er Jahre nur in sehr kleinen, akademischen Kreisen gepflegt. Erst mit den Ständeversammlungen wurden sie in breitere Kreise getragen. Volks- und Sängereisen, Petitionen und Vereine wetteiferten offen um die nationale Gunst der Bevölkerung. Mit Recht hat man von beiden Seiten die Frische und Kraft dieses nationalen Aufbruchs betont. Mit Recht, weil von der Bevölkerung her gesehen sein innerstes Anliegen die Verwandlung des loyalen, aber dem Schicksal der Nation gegenüber passiven, nicht mitbestimmenden Untertans in den aktiven, engagierten Bürger ist, der sich seinem Gemeinwesen verpflichtet fühlt und deshalb auch mitreden und mitbestimmen will. Für einen multiethnischen Staat, dessen Nationalitäten gleichzeitig „national erwachen“, wird dieser Aufbruch natürlich eine Saat der Zwietracht. Die deutschen Schleswig-Holsteiner unterstreichen sehr bald die Unteilbarkeit und die Selbständigkeit der Herzogtümer bis über die Möglichkeit einer losen Personalunion mit Dänemark

hinaus; aber das ganze Schleswig sollte es sein bis zur Königsau hinauf. Schleswig war ihrer Auffassung nach mit Holstein geschichtlich zusammengewachsen. Die dänische Volkssprache im nördlichen Schleswig war für sie nicht von Belang. Der soziale und ideologische Gegenpol der schleswig-holsteinischen Liberalen, die Eiderdänen, waren genauso wie die Schleswig-Holsteiner davon überzeugt, daß es der begabten, gebildeten und vermögenden Elite zukommt, das Volk zu regieren. Auch sie waren wenig geneigt, die sprachlichen Unterschiede in der Bevölkerung Schleswigs zu beachten, auch sie dachten staatsrechtlich und historisch und hoben die Bedeutung der Eider hervor, die seit 811 die Südgrenze Dänemarks gewesen war. Sie hätten gern Holstein und das 1815 erworbene Lauenburg ausgesondert, denn durch Holstein war Dänemark an den Deutschen Bund gekettet, was unberechenbare innen- und außenpolitische Folgen haben konnte, dazu auch noch - aus Rücksichtnahme auf den Deutschen Bund — eine schnelle dänische Verfassungsentwicklung erschwerte.

Die Nationalliberalen und die Schleswig-Holsteiner waren Kinder gleichen Geistes. Die lokale dänische Volksbewegung war zwar auch von Nationalliberalen beeinflusst, aber hatte doch ein deutlich schlichteres Gepräge als die entsprechende schleswig-holsteinische Bewegung. Das zeigt sich in ihren Zeitungen, den zahlreichen Buchsammlungen auf dem Lande, den Volksfesten, in den völlig von Bauern getragenen Organisationen und auch schon früh darin, daß die nordschleswigschen Bauern sich schon bei der ersten Ständewahl von ihresgleichen repräsentieren lassen, und ganz bewußt nicht Angehörige anderer Stände, auch nicht Großbauern wählen. Mit einiger Vorsicht kann der von dieser Bauernbewegung vertretene Nationalismus als eine *emanzipatorische* Nationalismusform bezeichnet werden. Er war nicht liberal, denn der Liberalismus war eine städtische Bewegung, und die Bauern waren schon aus Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse ziemlich konservativ, aber sie drückten durch ihre nationale Bewegung den Wunsch nach bürgerlicher und geistiger Gleichberechtigung mit der Stadtkultur, mit der Bildung und mit dem Beamtentum aus. Diese Bewegung ist dann auch von den Gedanken des dänischen Pfarrers, Dichters und Volksaufklärers N. F. S. Grundtvig (1783-1872) beeinflusst. Der nationale Gegensatz wurde im weiteren Verlauf durch soziale Gegensätze verschärft, weil die Schleswig-Holsteiner zur Durchsetzung ihrer Ziele auf die dynastischen Ansprüche des Herzogs von Augustenburg sowie auf die Ritterschaft angewiesen waren, deren Einfluß die schleswig-holsteinische Bewegung nach rechts drängte, während die dänischen Nationalliberalen in ihrer Opposition zum absolutistischen Staat ihre Bundesgenossen vor allem unter den Bauern suchten und sich daher nach links neigten. Als die nordschleswigschen Bauern, durch die wirtschaftliche Entwicklung seit den 1830er Jahren in ihrem Selbstbewußtsein gestärkt, in einer fast adels- und

güterfreien Landschaft national wurden, faßten sie die Schleswig-Holsteiner nicht nur als nationale Gegner auf, sondern empfanden auch einen sozialen Gegensatz. Hier stand der Bauer gegen den Aristokraten, den deutschsprechenden Beamten und den Rechtsanwalt aus der Stadt, das schlichte einfache Volk gegen die feinen und vornehmen Städter.

IV.

Der Nationalismus hatte schon 1848 so viel Terrain gewonnen, daß um Schleswig ein Krieg entbrannte, als die europäische Staatenwelt durch die französische Februar-Revolution erschüttert wurde. 1851 wurde der Gesamtstaat auf Wunsch der europäischen Großmächte restauriert. Weder die schleswig-holsteinischen Ziele noch die der Eiderdänen waren erreicht worden, wenn auch ein „antiquarischer Nationalismus“ konservativer dänischer Beamter an Teilen der Bevölkerung Mittelschleswigs sprachpolitisch ganz überwiegend vergebens herumdokterte.

Der restaurierte Gesamtstaat war jedoch nicht funktionstüchtig. Wohl war „die mit den allgemeinen Interessen des europäischen Gleichgewichts eng verknüpfte Aufrechterhaltung der Integrität der dänischen Monarchie für die Bewahrung des Friedens von hoher Wichtigkeit“, aber im Gesamtstaat gelang es den politischen Faktoren nicht, sich auf eine gemeinsame Verfassung für die Monarchie als Ganzes zu einigen. Das galt nicht nur für die schleswig-holsteinische Seite. Im eigentlichen Königreich wurde auch den dänischen Bauernpolitikern - etwa 4/5 der dänischen Wähler lebten auf dem Lande - immer klarer, daß die Nationalliberalen und die Konservativen die gesamtstaatlichen Verwicklungen zu einer Drosselung der 1849 erreichten dänischen Demokratie mißbrauchten. Immer wieder beriefen die Nationalliberalen und die Konservativen sich auf die „europäische Notwendigkeit“, d. h. auf die Notwendigkeit, den Gesamtstaat zu erhalten, und eine Verfassung für die gemeinsamen Angelegenheiten zu konstruieren, die aus Rücksicht auf die Holsteiner Aristokraten nur wenig demokratisch sein konnte. Deshalb wetteiferten sie seit 1860 in der nationalen Propaganda mit den Liberalen, was das Staatsschiff noch schwerfälliger machte. Schließlich führte 1864 der zweite Schleswigsche Krieg zum Verlust der Herzogtümer an Preußen und Österreich. 1867 wurden sie von Preußen annektiert. Hierdurch verlor Dänemark nicht nur die deutschsprachigen Teile des Gesamtstaates - damit hätte man gut leben können - sondern auch das nördliche, dänisch sprechende Gebiet, an dem sich das dänische Nationalgefühl erstmals entzündet hatte. Hier zerstörte der Krieg auch das Regionsbewußtsein der Bevölkerung. Die dänischen Nordschleswiger faßten sich nicht mehr als dänische Schleswiger, sondern als Dänen schlechthin auf. Als unmittelbaren Nachbarn bis dicht an Kolding hatte Dänemark jetzt den effektivsten Militärstaat Europas mit einer beunruhigenden Tradition für Gebietserwerb

durch Machtanwendung. Hier schon sehen wir wesentliche Faktoren, die eine regionale Verbindung belasten. Noch schlimmer wurde es, als die Öffnung des Kaiser-Wilhelm-Kanals 1895 die strategische Bedeutung Dänemarks erhöhte. Dänemark begann ab 1868, den Nordseehafen Esbjerg anzulegen, der den uralten jütischen Handelsweg zum Westen über Tönning und Hamburg ablöste. Auch der Protektionismus des Deutschen Reiches zerstörte alte Handelsverbindungen, so z. B. den obenerwähnten Ochsenhandel über Ripen in die Marschgebiete der Herzogtümer und die Eisengießereien in Flensburg.

Die öffentliche Meinung in Dänemark konnte sich mit dem Kaiserreich nicht versöhnen. Das hing natürlich damit zusammen, daß ein Teil des dänischen Volkes eine Minderheit in Preußen war, die zunehmend - wenn auch im Rahmen eines formalen Rechtsstaates - von den preußischen Behörden schikaniert wurde. Man betrieb ab Ende der 1870er Jahre eine unverhüllte Germanisierungspolitik, die von den Dänen Nordschleswigs, die auf ihren Höfen fast unantastbar waren, mit viel Erfolg abgewehrt wurde. In der zeitweise harten 'Wartezeit' entwickelte die lokale Bevölkerung ein dichtes Vereinsnetz, das einen Großteil der Bevölkerung umfaßte und kulturelle Werte und Aktivität in breiteste ländliche Schichten trug. Die dänische Öffentlichkeit folgte aufmerksam dem Schicksal ihrer „Landsleute jenseits der Grenze“, und dieses Interesse sprengte früh den engen Rahmen besonders interessierter Kreise und wurde zu einer Volkssache. Um die Jahrhundertwende brachte ein besonders brutaler Oberpräsident es so weit, daß auch die betont a-nationale dänische Sozialdemokratie in Zusammenarbeit mit der deutschen Sozialdemokratie eine Nationalitätenpolitik für Nordschleswig ausarbeitete. Die außenpolitisch-strategische Belastung, die für die Dänen offene Nordschleswigfrage, waren an sich schon gewichtige Momente, sich durch Preußen von Europa isoliert zu fühlen. Hinzu trat dann noch der besondere Weg, den die dänische Modernisierung einschlug. Ein über 30 Jahre sich hinziehender Verfassungskampf rieb die dänische Rechte auf; gleichzeitig entstand in enger Anlehnung an den britischen Markt eine erstaunlich wandlungsfähige moderne Landwirtschaft, die fast 4/5 der dänischen Ausfuhr lieferte. Im Jahre 1913 war der Wert der dänischen Eierausfuhr 150% höher als der Wert der gesamten Industriausfuhr. Der Arbeitsmarkt und die Arbeitskämpfe waren seit 1899 durchorganisiert, schon 1910 hatten die Arbeiter in Industrie, Handel und Verkehr mit 51% weitaus den höchsten Organisationsgrad in Europa. Die Niederlage von 1864 hatte einen Modernisierungsprozeß beschleunigt, der zu einer effektiven, durchorganisierten Gesellschaft führte, in der eine schwer erkämpfte, sehr nüchterne Demokratie mit dem Wirtschaftsleben verwoben und in der Bevölkerung fest verankert war. Der Staat und seine Institutionen spielten bei diesem Prozeß - ungleich der Entwicklung in Deutschland - eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle.

V.

Nach dem Ersten Weltkrieg machte die Niederlage des Kaiserreichs den Weg frei für die Abstimmungen, die zur heutigen Grenze führten. Schleswig wurde geteilt. Jedoch verblieben Minderheiten nördlich wie südlich der Grenze. Es verblieben auch zeitweise recht starke lokale nationale Spannungen als Folgen der Abstimmungszeit, um die Entfaltungsmöglichkeiten der Minderheiten und um die Frage einer eventuellen Grenzänderung. Bezeichnenderweise kam das Stauning-Wels-Abkommen (1923: Anerkennung der Grenze, effektiver Minderheitenschutz, Verteilung chauvinistischer Propaganda) gar nicht zum Tragen.

In der nationalsozialistischen Zeit verzichtete Adolf Hitler zwar auf die Revision der letzten „Versailles“-Grenze, obwohl es lokalen Kräften nördlich und südlich der Grenze sichtlich schwerfiel, diesen wahrscheinlich taktischen Verzicht nachzuvollziehen. Einerseits zwischen dem dänischen Sozialstaat der 1930er Jahre, in dem Sozialdemokraten und liberale Bauernpolitiker sich zusammen bemühten, die Folgen der Weltwirtschaftskrise für Dänemark zu meistern, und dem nationalsozialistischen Deutschland andererseits war kein Brückenschlag möglich. Dann vertiefte die Besetzung Dänemarks 1940-45 die Gegensätze sehr.

VI.

Schließlich brachte die erste Nachkriegszeit in der deutsch-dänischen Grenzregion starke nationale Spannungen durch ein überraschendes Anwachsen der noch vorhandenen dänischen Minderheit in Südschleswig, in Nordschleswig durch eine unnötig umfassende Abrechnung mit denjenigen Teilen der deutschen Minderheit, die während der Besatzungszeit mit deutschen Stellen ungebührliche Zusammenarbeit betrieben hatten, und wie andere dänische Kollaborateure zur Rechenschaft gezogen wurden.

Unter dem Eindruck des Kalten Krieges gab Dänemark 1949 seine traditionelle Neutralitätspolitik auf und schloß sich der NATO an, gewiß erst, als eine skandinavische Verteidigungsgemeinschaft sich als unmöglich erwiesen hatte. Der Kalte Krieg hatte den Norden, die Ein- und Ausfahrtswege der Ostsee und die kimbrische Halbinsel in den Brennpunkt strategischer Überlegungen der Großmächte gerückt.

Die Spannungen im deutsch-dänischen Verhältnis und nach und nach auch die Spannungen in der Region kamen dann in den Jahren nach 1955 und den Bonn-Kopenhagener Erklärungen dieses Jahres zur Ruhe, als Dänemark und Deutschland Bundesgenossen im nordatlantischen Verteidigungssystem wurden, und die gesellschaftlich-politische Entwicklung der Bundesrepublik mit der dänisch-nordischen konvergierte. Es war die bevorstehende Aufnahme der Bundesrepublik in

die NATO, die 1954 Dänemark den Anlaß gab, beim vorbereitenden Meinungsaustausch der Bundesregierung gegenüber eine befriedigende Lösung der Minderheitenfragen zur Sprache zu bringen.

Erst seit dieser Zeit - etwa um 1960 - wurden die deutsch-dänischen Beziehungen wärmer, und die Intention der Bonn-Kopenhagener Erklärungen, „das friedliche Zusammenleben der Bevölkerung beiderseits der deutsch-dänischen Grenze und damit auch die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark allgemein zu fördern“, konnte sich durchsetzen. Diese Formel mit ihrer Verflechtung der lokalen Grenzprobleme mit den allgemeinen Beziehungen vor dem Hintergrund einer besonderen europäischen Situation verdeutlicht den komplizierten Charakter des deutsch-dänischen Verhältnisses in der Grenzregion. Schließlich förderte die dänische Mitgliedschaft in der EG seit 1973 die gute Nachbarschaft, wie natürlich auch der moderne Massentourismus und das Fernsehen. Mit dieser neuen Nachbarschaftssituation wurde ein grenzübergreifendes regionales Verhältnis erst wieder möglich. Der Weg der Regionspolitik konnte einfach nicht befahren werden, solange eine oder mehrere Weichen falsch standen. Das Prinzip, „das Bekenntnis zu einer nationalen Minderheit ist frei“ hatte sich jetzt endlich auch südlich der Grenze durchgesetzt und ist in die Landessatzung von Schleswig-Holstein aufgenommen; hier heißt es „Die nationale dänische Minderheit und die friesische Volksgruppe haben Anspruch auf Schutz und Förderung“ (Art. 5). Nördlich der Grenze war dieses Prinzip schon immer praktiziert.

VII.

Die Dänen fallen den Deutschen nicht um den Hals — dazu sind wir auch viel zu klein, und die Deutschen sind jüngst noch größer geworden - aber wir möchten gern gute Nachbarn sein. Nicht nur geschäftlich - das ergibt sich bei dem Volumen unseres Außenhandels von selbst - sondern besonders auch kulturell. Hier stoßen wir auf ein Problem, das mit dem ungleichen Größenverhältnis zusammenhängt: Viele Dänen sprechen deutsch - wenn es früher auch mehr waren, jetzt ist unsere Zweitsprache in der Regel Englisch - aber wer in Deutschland spricht schon dänisch? Deshalb bitte ich, auf die deutsch-dänischen wie auch auf andere deutsche Beziehungen zu kleineren Nachbarländern achtzugeben. Immer wieder müssen sie auch historisch untersucht und bearbeitet werden. Nicht nur die jüngste Vergangenheit, viel kompliziertere historische Verhältnisse werfen noch heute ihre Schatten. Und nicht nur für kleine Völker ist es wichtig, daß ihre geschichtliche Entwicklung respektiert wird. Ein Europa der großen Staaten allein wäre ein sehr armer Erdteil! Und laßt uns um Europa willen die Vielfalt unserer Sprachen und Identitäten aufrechterhalten und kultivieren.

Heute bedeutet der Wettstreit kultureller Einrichtungen beider Nationen in der Grenzregion nicht nur mehr Schulen, Kindergärten, Bibliotheken pro Einwohner, sondern auch ein hohes qualitatives Niveau. Selbstgenügsamkeit wie auch Isolierung der Minderheiten wurden vielfach durchbrochen, man interessierte sich für einander, stereotype Vorstellungen wurden brüchig. Der gegenseitige Nationalismus, von Unkenntnis nicht mehr genährt, von den Staaten nicht mehr angestachelt, ist gewissermaßen gezähmt worden, wobei hilfreich war, daß sich die Nationalitäten nicht sehr voneinander unterschieden und daß es keine Tradition für nationale Gewaltanwendung gab. Das gutnachbarliche Klima erleichterte verschiedene Formen von regionaler Zusammenarbeit, jedoch fehlen dem eigentlichen Grenzland wirtschaftliche Schwerpunkte. Ein Ersatz, der freilich nur eine Scheinblüte treibt, ist der äußerst rege Grenzhandel, der eine Folge von verschiedenen Abgabesätzen und -Systemen in Dänemark und in Deutschland ist. Aber man arbeitet doch verkehrsmäßig und bei Umweltfragen zusammen, auch Schulen und Forschungseinrichtungen haben eine ergiebige Zusammenarbeit, kommunale Gremien ebenso, Krankenhäuser u.s.f.. Und wenn die Region als Dänemark *und* Schleswig-Holstein verstanden wird, ist die regionale Zusammenarbeit dicht und umfassend.

Wir sehen im Grenzland eine Politik der Annäherung, die nicht an eine Verschmelzung denkt, was schon aus Gründen der historischen Erfahrung nie populär werden würde. Wir sehen auch eine Politik, die im höchstmöglichen Ausmaß von unten, von breiten Bevölkerungsgruppen getragen wird, nicht von oben, von den Regierungen her. Eine Zusammenarbeit gleichberechtigter Nationalitäten mit etwa gleichen, national allgemein geteilten Wertmaßstäben. Dieser Weg der Annäherung ist langsam und scheint endlos zu sein, es ging im vorigen Jahrhundert sehr viel schneller, die alte Zusammenarbeit zu zerstören, aber der langsame Weg kann Erfolge aufzeigen, wenn sie auch bescheiden erscheinen mögen. Er, nur er, führt meines Erachtens zu einem Europa, das seinen Menschen wohlbekommt.

Beitrag von REIMER HANSEN

Der deutsch-dänische Grenzraum gehört zu den wenigen Regionen Europas, in denen der nationale Gegensatz des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch eine einvernehmliche Minderheitenpolitik auf beiden Seiten der Grenze überwunden und schließlich in ein tolerantes Zusammenleben beider Nationalitäten wie ein gut nachbarliches Verhältnis des Königreichs Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland verwandelt worden ist. Nicht unerheblich für diese Entwicklung vom Grenzkampf zum friedlichen Neben- und Miteinander war der Einfluß der grundlegenden internationalen Veränderungen während des ersten Jahrzehnts nach dem Zweiten Weltkrieg: der Teilung Deutschlands, Europas und der Welt durch den Ost-West-Gegensatz des „Kalten Krieges“, Systemkonflikt und Blockintegration. Politiker wie Historiker haben diese Lösung eines zentralen europäischen Nationalitätenkonflikts - soweit ich sehe - einhellig positiv bewertet und ihr überdies exemplarische Bedeutung zugebilligt. So hat der Kopenhagener Zeithistoriker Karl Christian Lammers vor einem Jahr mit Blick auf die dramatische Entwicklung in Ost- und Ostmitteleuropa ausgeführt, sie habe „eine Atmosphäre im Grenzgebiet geschaffen, die eigentlich beispielhaft“ sei und daher „vielleicht auch Vorbild sein“ oder „als nachahmenswertes Beispiel für die Lösung anderer Minderheitenprobleme und Nationalitätenkonflikte im jetzigen Europa dienen“ könnte. Für Bemühungen jedenfalls, die auch auf Vertrauen, Toleranz, guten Willen des anderen und gegenseitigen Respekt setzten, sei „das dänisch-deutsche Beispiel ein anregendes Lehrstück“. Lorenz Rerup schließlich hat die nach 150 Jahren nationaler Auseinandersetzungen im deutsch-dänischen Grenzraum erreichte Lösung bei gleicher Gelegenheit ein „recht gediegenes Modell für das enge und friedliche Zusammenleben zweier Nationalitäten“ und ein „Modell der Nachbarschaft“ genannt.

I.

Die *Region* des deutsch-dänischen Grenzraums soll in den folgenden Ausführungen auf das historische Herzogtum Schleswig bezogen werden, das bis 1864 Teil des übernationalen dänischen Gesamtstaates war und ab 1867 in der modifizierten territorialen Gestalt des Wiener Friedens von 1864 zusammen mit dem Herzogtum Holstein die neue preußische Provinz Schleswig-Holstein bildete. Als integraler Bestandteil des Königreichs Preußen gehörte es dem Norddeutschen Bund und dem Deutschen Kaiserreich, dem unter der Ägide Bismarcks geeinten kleindeutschen Nationalstaat, an. Durch die Volksabstimmungen aufgrund des Versailler Vertrages im Jahre 1920 wurde es völkerrechtlich geteilt. Nordschleswig gehört seitdem zum Königreich Dänemark. *Europa* wird dabei in seinen

jeweiligen internationalen Organisations- und Handlungsformen in Erscheinung treten: während des langen 19. Jahrhunderts in Gestalt des europäischen Staatensystems, während der Zwischenkriegszeit in der Friedensordnung der Pariser Vororts Verträge und nach dem Zweiten Weltkrieg in der westeuropäischen Integration.

Nation wird indes in den spezifischen historischen Ausprägungen des deutsch-dänischen Grenzraums im 19. und 20. Jahrhundert zu behandeln sein: in den integralen Formen des Nationalitäten- und des Nationalstaats, der Kulturnation und der Nationalität. Dabei soll der von der deutschen wie der dänischen Nationalbewegung angestrebte Nationalstaat um hinreichender begrifflicher Klarheit willen in seiner normativen Gestalt nach dem territorialen, dem ethnischen und dem plebiszitären Prinzip differenziert werden. Das territoriale Nationalstaatsprinzip reklamiert das ganze Herzogtum Schleswig: deutscherseits bis zur Königsau, dänischerseits bis zur Eider, das ethnische und das plebiszitäre fordern dagegen eine Teilung des Landes nach Nationalitäten, das ethnische nach dem objektiven Kriterium der Sprache, das plebiszitäre nach dem subjektiven und voluntativen der nationalen Selbstbestimmung der betroffenen Bevölkerung.

Die m. E. nicht sonderlich glückliche Formulierung *aus deutscher Sicht* ist durch das Tagungsprogramm vorgegeben worden. Ich werde sie - um möglichen Mißverständnissen vorzubeugen - nicht als Standortfixierung oder Perspektivität meiner Ausführungen verstehen, sondern als Auftrag, meine Darstellung vor allem auf die deutsche Seite zu konzentrieren und dabei auch deren *Sicht* nicht anders als aus der methodisch vermittelten Distanz des Historikers zu behandeln. Dabei soll die übergeordnete Fragestellung nach Europa in den Nationen und Regionen im 19. und 20. Jahrhundert für den deutsch-dänischen Grenzraum in chronologisch-systematischer Orientierung an den jeweils dominierenden Themen des wechselseitigen nationalen Verhältnisses in seinen weiteren Zusammenhängen beantwortet werden.

II.

Da sich Nationalität in den folgenden Ausführungen wiederholt auf die sprachlichen Verhältnisse des Herzogtums Schleswig beziehen wird, seien sie um der nötigen Klarheit willen zuvor in ihren unterschiedlichen Ebenen und in ihrer regionalen Ausdehnung zu Beginn des 19. Jahrhunderts Umrissen. Die Regierungs- und Verwaltungssprache war seit der Begründung der Realunion mit Holstein unter der Landesherrschaft der letzten Schauenburger und der ersten Oldenburger im Spätmittelalter deutsch. Die Kirchen- und Schulsprache war seit der Reformation in allen ländlichen Kirchspielen Nordschleswigs bis zu einer Linie Flensburg-Tondern dänisch. In den vier Städten Nordschleswigs war der vom Propst oder

Hauptpastor gehaltene Gottesdienst auch nach der Reformation deutschsprachig geblieben, der der Diakone indes dänischsprachig geworden. Die mundartliche Umgangssprache war im Süden des Herzogtums mitsamt den Inseln Fehmarn, Pellworm und Nordstrand deutsch, im Norden einschließlich der Inseln Ærø, Alsens und Røm dänisch, an der Westküste Mittelschleswigs mit den vorgelagerten Inseln und Halligen sowie Helgoland nordfriesisch. Im übrigen Mittelschleswig trafen Dänisch und Deutsch aufeinander und durchdrangen sich in einem breiten gemischtsprachigen Gebiet. Während sich Dänisch in Nordschleswig mit der Reformation über Kirche und Schule auch als Kultursprache durchsetzen und etablieren konnte, ging es in Mittelschleswig im Laufe des 19. Jahrhunderts als Umgangssprache zugunsten des Deutschen zurück. Deutsch als Verwaltungs- und Rechts-, Kirchen- und Schulsprache war unter dem Einfluß der Deutschen Kanzlei für die Herzogtümer in Kopenhagen und der lutherischen Reformation seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts hochdeutsch geworden, als Umgangssprache war es weitgehend niederdeutsch geblieben.

Mit Ausnahme des Rückgangs der dänischen Umgangssprache in Mittelschleswig haben die ethnischen Verhältnisse im Herzogtum Schleswig während des 19. Jahrhunderts keine auffälligen Veränderungen erfahren. Wie stabil ihre gesellschaftliche Verankerung war, läßt sich wohl am eindrücklichsten an dem Befund ermitteln, daß alle staatlichen Maßnahmen, sie durch administrativen Zwang zu verändern, gescheitert sind. Das gilt für die dänischen Sprachreskripte nach der revolutionären Erhebung, die in Nordschleswig und im gemischtsprachigen Mittelschleswig anstelle der deutschen die dänische Unterrichtssprache vorschrieben. Und das gilt für die preußischen Sprachverfügungen der Bismarckzeit, durch die die deutsche Sprache an nordschleswigschen Schulen zunächst erheblich begünstigt und schließlich mit Ausnahme des Religionsunterrichts für alle Fächer angeordnet wurde. Erfolg war administrativen Maßnahmen nur dort beschieden, wo sie den ethnischen Verhältnissen entsprachen. So konnte 1840 Dänisch als Gerichtssprache etabliert werden, wo es Kirchen- und Schulsprache war.

Hierfür hatte sich 1838 die Ständeversammlung des Herzogtums Schleswig mit knapper Mehrheit ausgesprochen. Als die allgemein einleuchtende, wenn nicht gar selbstverständliche Maßnahme schließlich zwei Jahre später durch königliches Reskript verordnet wurde, hatte der nationale Gegensatz im deutsch-dänischen Grenzraum bereits so weit um sich gegriffen, daß sie auf heftigen deutschen Widerspruch stieß und die gleiche Ständeversammlung, die sie befürwortet hatte, nunmehr mit deutlicher Mehrheit entschiedenen Protest gegen sie erhob.

III.

Fragen wir nun nach den dominierenden Themen des wechselseitigen nationalen

Verhältnisses, so ergibt sich zunächst ein augenfälliger Antagonismus zwischen den überkommenen vornationalen Ordnungen des dänischen Gesamtstaates und des europäischen Staatensystems, aber auch des Deutschen Bundes auf der einen und der deutschen wie der dänischen Nationalbewegung auf der anderen Seite. Eine konsequente Verwirklichung des Nationalstaatsprinzips mußte die Vielvölkermonarchie des Gesamtstaats auf die dänische, den Staatenverein des Deutschen Bundes auf die deutsche Nation reduzieren und dabei den Einspruch ihrer Garantiemächte in der Organisationsform des europäischen Staatensystems hervorrufen. Diese Einsicht hatte bereits Friedrich Christoph Dahlmann in seiner Rede zur Feier des Sieges von Waterloo in der Kieler Universität 1815 mit eindeutigen Wertungen ausgesprochen, wenn er das aus den Befreiungskriegen hervorgegangene Deutschland als das in seinen Stämmen einig gewordene Volk pathetisch begrüßte und ihm „das alte gehässige Treiben der Kabinette“ gegenüberstellte. „Deutschland“ führte er aus, „ist da durch sein Volk, das sich mit jedem Tage mehr verbrüdet, Deutschland ist da, bevor noch jene Bundesakte ausgefertigt wird“.

Die ausdrückliche Identifikation Deutschlands mit seinem Volk sollte bei Dahlmann das ethnische Prinzip und damit die grundsätzliche Vereinbarkeit von deutschem und dänischem Nationalstaat erwarten lassen. Für Schleswig wollte er jedoch aufgrund seiner historischen Gemeinsamkeiten mit Holstein das territoriale Prinzip berücksichtigt wissen und sprach sich angesichts der bevorstehenden Neuordnung auf dem Wiener Kongreß für den Eintritt des ganzen Herzogtums in den künftigen „deutschen Reichsverband“ aus. Hieran hat er mit der ihm eigenen Prinzipientreue lebenslang festgehalten und als einflußreicher Abgeordneter der Paulskirche maßgeblich mit dazu beigetragen, daß während der Revolution 1848/49 die Vorschläge einer Teilung Schlesiws nach dem ethnischen Prinzip kein Gehör fanden. Die Forderung nach Anwendung des territorialen Prinzips teilte er indes mit der dänischen Nationalbewegung im Vormärz und in der Revolution.

Sie propagierte den dänischen Nationalstaat vom Öresund bis zur Eider. Dabei hatte es bereits im Vormärz und während der Revolution auf beiden Seiten und im Konzert der Großmächte konkrete Vorschläge für eine Teilung Schlesiws gegeben. Sie waren jedoch schon bald auf den hartnäckigen Widerstand der dänischen wie der schleswig-holsteinischen Führung und der Paulskirche gestoßen. Eine der wenigen Ausnahmen auf deutscher Seite war der Reichsminister des Handels in den ersten drei Kabinetten der Paulskirche, Arnold Duckwitz. Er hat die mangelnde Bereitschaft zur Teilung Schlesiws und die „Schwärmerei für ganz Schleswig und Holstein ungetrennt“ sicherlich überspitzt, im Grunde aber nicht unzutreffend als den „Todesstoß für die deutsche nationale Bewegung“ bezeichnet, weil dadurch fast alle europäischen Mächte veranlaßt worden seien, auf

die Gegenseite zu treten.

Die schleswig-holsteinische Frage war in der Tat längst zu einer europäischen, d.h. wiederum des europäischen Staatensystems, namentlich der Großmächte England, Frankreich und Rußland, geworden. In diesem Rahmen wurde sie nach der Revolution mit dem Londoner Vertrag 1852 gleichsam vertagt und schließlich 1863/64 - im Wege der Reaktion auf die bevorstehende Einführung einer eiderdänischen Verfassung - unter der Initiative des preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck aus einer Exekution des Deutschen Bundes heraus von beiden deutschen Großmächten mit den Mitteln des Krieges und der Diplomatie im territorialen Sinne gegen Dänemark entschieden.

Wie 1848 hatte es auch 1864 Möglichkeiten einer Teilung des Herzogtums Schleswig nach dem Kriterium der Nationalität gegeben. Sie waren, während die Waffen ruhten, auf einer Konferenz der Signatarmächte des Londoner Vertrages von 1852 ausführlich erörtert worden, jedoch ohne ein positives Ergebnis. Für Bismarck war - wie er in seinen Memoiren schreibt - die „Erwerbung der Herzogtümer für Preußen“ das höchste Ziel. Er habe daher „von Anfang an die Annexion unverrückt im Auge behalten, ohne die andern Abstufungen aus dem Gesichtsfeld zu verlieren“, die er allesamt „im Vergleich mit dem vorhandenen Zustande“ für besser hielt. Hierzu zählte die in der öffentlichen Meinung Deutschlands favorisierte Bildung eines selbständigen schleswig-holsteinischen Staates als Mitglied des Deutschen Bundes unter der Herrschaft des Prinzen von Augustenburg. Und hierzu zählten verschiedene Teilungsvorschläge, die er mit erstaunlicher Sachkenntnis erörtert und erwogen hat. Von ihm selbst stammte der Vorschlag, die Bevölkerung in dem strittigen Gebiet zur besseren Information der Konferenz gemeindeweise zu befragen. Er wurde freilich wie die anderen Vermittlungsbemühungen verworfen. Die Entscheidung trafen nunmehr die Waffen, und Bismarck konnte über alle „Abstufungen“ hinweg sein höchstes Ziel erreichen.

Der Prager Friedensvertrag hatte indes - auf Veranlassung der französischen Regierung - im Artikel V die Möglichkeit einer plebiszitären Revision der neuen dänisch-preußischen Grenze vorgesehen, indem er die Abtretung der Rechte des Kaisers von Österreich auf Holstein und Schleswig an den König von Preußen „mit der Maaßgabe“ verband, „daß die Bevölkerungen der nördlichen Distrikte von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollen“. Diese Bestimmung wurde, nachdem sich die Regierungen in Berlin und Kopenhagen nicht über den Umfang des Gebiets und die Bedingungen der Ausführung verständigen können, auf Betreiben Bismarcks 1878 in einem bilateralen Vertrag zwischen dem Deutschen Reich (Preußen) und Österreich „außer Gültigkeit gesetzt“.

IV.

Die dänische Seite, namentlich die direkt betroffene dänische Bevölkerung Nord-schleswigs, hielt dagegen an ihrem Anspruch auf „freie Abstimmung“ fest. Er konnte jedoch erst nach der Niederlage des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg eingelöst werden, als die Siegermächte sich unter dem maßgeblichen Einfluß der USA über die territorialen Regelungen des Friedensvertrages verständigt hatten, die die Festlegung der künftigen deutsch-dänischen Grenze durch Volksabstimmung vorsahen. Die plebiszitäre Grenzziehung aufgrund des Selbstbestimmungsrechts der Völker ist untrennbar mit dem Namen des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson verbunden. Wie Dahlmann ein Jahrhundert zuvor wollte er - wie es in seiner „Four-Point Address“ an den Congress vom 11.2.1918 heißt - das Schicksal eines Volkes nicht länger von Regierungen bestimmen lassen. Er wollte es durch „Self-determination“ anstelle einer internationalen Konferenz entschieden wissen, weil Völker und Provinzen nicht von einer Staatshoheit zur anderen verschachert werden dürften, als ob sie bloße Sachen oder Steine in einem Spiel wären, und sei es auch in dem nunmehr für immer verrufenen Spiel des Mächtegleichgewichts: „... that peoples and provinces are not to be bartered about from sovereignty to sovereignty as if they were mere chattels and pawns in a game, even the great game, now forever discredited, of the balance of power.“ Die Modalitäten der Volksabstimmung über die deutsch-dänische Grenze hatte der Versailler Vertrag im einzelnen festgelegt. Sie sollte in zwei Zonen ausgeführt werden, die Nordschleswig und das nördliche Mittelschleswig umfaßten und durch eine Linie voneinander abgegrenzt waren, die südlich der Insel Alsen, auf der Mittellinie der Flensburger Förde, nördlich von Flensburg, südlich von Tondern und zwischen den Inseln Røm und Sylt verlief. In der ersten, der nördlichen Zone sollte en bloc, in der zweiten nach Gemeinden abgestimmt werden. Hierin kam eine potentielle Begünstigung Dänemarks zum Ausdruck, da plebiszitäre Korrekturen der Grenze zwischen beiden Zonen von vornherein nur nach Süden möglich waren. Die Abstimmungen fanden alsbald nach Inkrafttreten des Friedensvertrages in der ersten Zone am 10.2.1920, in der zweiten am 14.3.1920 statt. Die Beteiligung der stimmberechtigten Bevölkerung betrug in beiden Zonen gut 90 Prozent, in der ersten stimmten 75 Prozent für Dänemark, in der zweiten 80 Prozent für Deutschland. Da die Gemeinden der zweiten Zone mit Ausnahme dreier Dörfer auf der Insel Föhr für Deutschland votiert hatten, war die Grenze zwischen beiden Abstimmungszonen somit im Wege der nationalen Selbstbestimmung als neue deutsch-dänische Staatsgrenze festgestellt worden. Sie deckte sich im wesentlichen mit der Grenze zwischen der deutschen und der dänischen Kultursprache, wie sie sich mit der Reformation herausgebildet und konsolidiert hatte. Diese weitgehende Übereinstimmung von ethnischem und plebiszitärem Befund

dürfte wohl für eine angemessene Lösung der schwierigen Grenzfrage nach dem Nationalstaatsprinzip sprechen, auf jeden Fall für eine angemessenere, als es die territoriale des 19. Jahrhunderts zu sein vermochte, da sie, so weit es in einem gemischtsprachigen Gebiet überhaupt möglich ist, den Ansprüchen beider Seiten zur Hauptsache Rechnung tragen und damit der neuen Grenze selbst die nötige politische Stabilität verleihen konnte. Gleichwohl war die neue Grenze wie fast alles, was der Versailler Vertrag regelte, von Anbeginn der Forderung nach Revision ausgesetzt. Daß diese Revision dann trotz der Möglichkeiten, die die Besatzungspolitik des nationalsozialistischen Deutschlands in Dänemark während des Zweiten Weltkriegs und die alliierte Deutschlandpolitik der unmittelbaren Nachkriegszeit boten, doch nicht zustande gekommen ist, spricht wohl eher für ihre tatsächliche Stabilität. Heute, da die nationalen Spannungen und Gegensätze zwischen Deutschen und Dänen der Vergangenheit angehören und die auf beiden Seiten lebenden Minderheiten, wie Lorenz Rerup feststellt, zu „Gesinnungsminderheiten“ geworden sind, „die kaum objektive Unterschiede zur Mehrheitsbevölkerung aufweisen“, ist sie allgemein akzeptiert und wird nicht mehr in Frage gestellt.

Während des offenen Nationalitätenkonflikts waren die Minderheiten gesellschaftlich und politisch deutlich in Erscheinung getreten. Das gilt gleichermaßen für die dänische des Königreichs Preußen im deutschen Kaiserreich wie für die deutsche Nordschleswigs im Königreich Dänemark. Während sie sich ethnisch, kulturell und politisch dem Mutterland jenseits der Grenze zugehörig wußten und den nationalstaatlichen Anschluß erstrebten, standen sie dem Staat, dem sie angehörten und der sie zu assimilieren suchte, mit Ablehnung und Opposition gegenüber. Hierfür bedurfte es einer wirksamen Organisation in Vereinen und Verbänden, die sich vor allem auf die politische Vertretung, das eigene Schulwesen, Jugend- und Wohlfahrtspflege, Selbsthilfe, Kredit- und Pressewesen bezog. Materielle, politische und kulturelle Unterstützung floß den Minderheiten aus dem Mutterland zu, das sich überdies in der großen Politik gern als ihr Anwalt verstand. Der Grad und die Intensität dieser Aktivitäten waren wesentlich von den äußeren politischen Umständen bestimmt. Deutscherseits gilt es, in diesem Zusammenhang das Dritte Reich, dänischerseits die unmittelbare Nachkriegszeit hervorzuheben.

V.

Der Wandel vom offenen Nationalitätenkonflikt zum friedlichen und toleranten Zusammenleben, von der Separation zur Partizipation ist gern mit der politischen Stabilität der Grenze in Verbindung gebracht worden. Man wird die Bedeutung der Grenzziehung durch die Volksabstimmungen 1920 gewiß nicht gering

veranschlagen dürfen, die ja einer nationalstaatlichen Lösung des Nationalitätenproblems im deutsch-dänischen Grenzraum am ehesten entsprach. Paradoxerweise ist der Wandel jedoch nicht so sehr der annähernden Realisierung des ethnischen wie des plebiszitären Nationalstaatsprinzips als seiner politischen Überwindung zuzuschreiben. Die neue Grenze blieb nämlich weiterhin so lange umstritten, wie in beiden Ländern die öffentliche Forderung nach staatlicher Vereinigung mit der auf der anderen Seite verbliebenen nationalen Minderheit erhoben und politisch verfochten wurde. Erst die aus schmerzlicher Erfahrung gewonnene Einsicht in die faktische Unmöglichkeit einer internationalen Einlösung, die beide Seiten gleichermaßen zufriedengestellt hätte, und die daraus resultierende prinzipielle Trennung von Nationalität und Staatsangehörigkeit haben den Ruf nach Revision schließlich verstummen lassen und der allgemeinen Anerkennung der gemeinsamen Grenze zum Durchbruch verholfen.

Den Wendepunkt dieser Entwicklung markiert die Kieler Erklärung der schleswig-holsteinischen Landesregierung unter dem Ministerpräsidenten Bruno Diekmann vom 26.9.1949, die noch unter dem maßgeblichen Einfluß der britischen Besatzungspolitik formuliert worden war. Sie berief sich auf die einschlägigen Bestimmungen des erst wenige Monate zuvor in Kraft getretenen Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und erklärte in der Erwartung, daß der deutschen Minderheit in Dänemark „dieselben Rechte und Freiheiten“ eingeräumt würden, das „Bekenntnis zum dänischen Volkstum und zur dänischen Kultur“ im Sinne der Grundrechte für „frei“. Es dürfe „von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden“. Damit war die Grundvoraussetzung des Nationalstaatsprinzips, das Postulat der Kongruenz von Staat und Nation, von Staatsangehörigkeit und Nationalität, aufgegeben und überwunden worden. Es war das ausdrückliche Ziel der Kieler Erklärung, „ein gut nachbarliches Verhältnis zum dänischen Volke herbeizuführen“. Daß es seither entgegen anfänglicher Widerstände und Rückfälle in nationalstaatliche Orientierungen erreicht werden konnte, ist den beharrlichen Anstrengungen einer einvernehmlichen Minderheitenpolitik beiderseits der Grenze zu danken, deren Grundsätze und Modalitäten freier kultureller Entfaltung und politischer Partizipation in den Bonn-Kopenhagener Erklärungen vom 29.3.1955 niedergelegt worden sind und deren sukzessive Verwirklichung - begünstigt durch die neuen Gemeinsamkeiten der demokratischen Staatsverfassung wie der europäischen und atlantischen Integration - den Charakter des deutsch-dänischen Grenzraums grundlegend verändert hat.

VI.

Sucht man die Anfänge des bemerkenswerten Wandels in der skizzierten Entwicklung historisch näher zu bestimmen, so stößt man auf das in der Zwi-

schenkriegszeit entstandene, internationale Minderheitenrecht. Es war eine Folge der Friedensordnung der Pariser Vorortverträge nach dem Ersten Weltkrieg. Bulgarien, Österreich, die Türkei und Ungarn hatten in ihren Friedensverträgen, Polen, Rumänien, Jugoslawien, die Tschechoslowakei und Griechenland in besonderen Verträgen mit den alliierten und assoziierten Hauptmächten minderheitenrechtliche Verpflichtungen übernommen, denen Minderheitendeklarationen und Gegenseitigkeitsverträge der betroffenen Staaten folgten. Von besonderer Bedeutung für unser Thema war das deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien vom 15. 5.1922. Es enthält in Artikel 74 bereits Formulierungen, die sich in der zentralen Bestimmung der Kieler Erklärung wiederfinden. „Die Zugehörigkeit zu einer völkischen, sprachlichen oder religiösen Minderheit“, heißt es dort, dürfe „von den Behörden weder nachgeprüft noch bestritten werden“. Der Ständige Internationale Gerichtshof in Den Haag befand in seinem Urteil vom 22.4.1928 über die Auslegung dieser Bestimmung, daß die Zugehörigkeit zu einer Minderheit „eine Frage der tatsächlichen Verhältnisse und nicht des reinen Willens“ sei. Dieses Urteil stand freilich in grundsätzlicher Spannung zu der wesentlichen Aussage des Artikels 74, denn wie anders hätten im Streit- oder Zweifelsfall die tatsächlichen Verhältnisse festgestellt werden können, wenn nicht durch Nachprüfung? Die bahnbrechende Einsicht zur Lösung der Minderheitenfrage orientierte sich indes nicht am objektiven ethnischen Befund, sondern am subjektiven nationalen Bekenntnis. Sie war eine Frucht der unmittelbaren Erfahrungen, des Austausches und der Kooperation der organisierten europäischen Minderheiten selbst.

Seit 1925 traten fast alle von der Friedensordnung der Pariser Vorortverträge betroffenen ethnischen Gruppen alljährlich im Europäischen Nationalitätenkongreß zusammen, um ihre Probleme und Interessen in der Erarbeitung gemeinsamer Grundforderungen und Stellungnahmen zu prinzipiellen und aktuellen Fragen zu artikulieren. Er hatte im Interesse internationaler Wirksamkeit und Zusammenarbeit die Behandlung aller Fragen ausgeschlossen, die eine Änderung der bestehenden staatlichen Grenzen betrafen und konnte seine Arbeit daher von vornherein auf das Zusammenleben von nationalen Minderheiten und Mehrheiten konzentrieren. In ihm waren namentlich auch die Deutschen in Dänemark, Estland, Lettland, Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien und Italien vertreten, während sich die Dänen und Wenden im Deutschen Reich und seit 1927 auch die polnischen Minderheiten nicht an seiner Arbeit beteiligten.

Bereits 1925 forderte er in einer Resolution für alle nationalen Volksgruppen europäischer Staaten die kulturelle Autonomie, um - wie es wörtlich heißt - „die loyale Zusammenarbeit aller, der Minderheiten und Mehrheiten reibungslos zu gestalten und um auch die Beziehungen der Völker Europas untereinander zu besern“. 1926 wurde die Resolution bekräftigt und ergänzt. Einer der Zusätze betont

ausdrücklich, daß „das freie Bekenntnis des einzelnen zu einer Nationalität... weder bestritten noch nachgeprüft werden“ dürfe. Es müsse „unter strafrechtlichem Schutz stehen“ und dürfe „im staatlichen Leben mit keinerlei Nachteilen für den einzelnen oder die Gesamtheit der nationalen Gruppe verbunden sein“. In Deutschland gelangten sie - aufgrund der wachsenden Einsicht in die Gültigkeit des kategorischen Imperativs auch in der Nationalitätenpolitik - unter dem maßgeblichen Engagement des jungen Völkerrechtlers und Leiters des Sekretariats der deutschen Minderheiten in Europa, Carl Georg Bruns, in die Minderheitenpolitik des Auswärtigen Amtes unter Gustav Stresemann und des Preußischen Staatsministeriums unter Otto Braun. Während letzteres sich nur schwer gewinnen ließ, war Stresemann recht bald von Bruns überzeugt worden. Am 9. 2. 1926 führte er im Reichstag aus: „Wir selbst haben auch *Minderheiten in Deutschland*, und ich möchte für meine Person und für das von mir vertretene Amt da eine allerdings aussprechen, gerade gegenüber dem berechtigten Verlangen, daß wir für deutsche Minderheiten im Auslande eintreten: Wir können für deutsche Minderheiten im Auslande nur mit voller Überzeugung und aus gutem Gewissen eintreten, wenn wir das, was wir für Deutsche im Ausland verlangen, auch denjenigen geben, die Minderheiten in unserem deutschen Vaterlande darstellen.“ In dem von Bruns erarbeiteten „Entwurf eines Reichsgesetzes zur Regelung des Schulwesens der nationalen Minderheiten in Deutschland“ hieß es in unverkennbarer Übernahme der entscheidenden Formulierungen des Europäischen Nationalitätenkongresses 1926, der Besuch der Minderheitenschulen stehe „allen Kindern frei, deren Erziehungsberechtigte sich zu dem Volkstum des betreffenden Volksteiles bekennen. Die Zugehörigkeit zu einem fremdnationalen Volksteil darf von den Behörden weder nachgeprüft noch bestritten werden“ (§ 1). Das Reichsgesetz kam zwar nicht zustande, aber die Preußische Staatsregierung rang sich schließlich zum Erlaß einer „Ordnung zur Regelung des Schulwesens für die polnische Minderheit“ vom 31.12.1928 durch, die gleichzeitig und in den entscheidenden Bestimmungen wortgleich in eine „Abänderung und Ergänzung des Erlasses zur Regelung der Minderheitsschulverhältnisse im Grenzgebiete des Regierungsbezirks Schleswig vom 9. 2. 1926“ übernommen wurde. Dort heißt es: „Unter dänischer Minderheit... werden diejenigen Volksteile des Reiches verstanden, die sich zum dänischen Volkstum bekennen. - Das Bekenntnis, zur Minderheit zu gehören, darf weder nachgeprüft noch bestritten werden.“ Auf diese Bestimmung konnte dann die Kieler Erklärung zurückgreifen. Sie hat sie in enger Anlehnung an den Wortlaut paraphrasiert. Die Übernahme der Formulierungen „Bekenntnis“, „zum dänischen Volkstum“ und „darf... nicht bestritten oder nachgeprüft werden“ lassen keinen Zweifel an der Herkunft. Die Kieler Erklärung stand aber auch noch in anderer Hinsicht in der Tradition des

Europäischen Minderheitenkongresses. Sie war nämlich nicht durch direkte Einmischung der dänischen Regierung, sondern - wenn auch auf erheblichen Druck der britischen Besatzungsmacht - aus Verhandlungen der schleswig-holsteinischen Landesregierung mit der dänischen Minderheit hervorgegangen. Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen wären freilich kaum zustande gekommen, wenn Dänemark nicht die Verhandlungen über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO zum Anlaß genommen und geschickt genutzt hätte, um die hartnäckige Haltung der Kieler Landesregierungen unter den Ministerpräsidenten Friedrich-Wilhelm Lübke und Kai-Uwe von Hassel gegenüber der dänischen Minderheit im Wege der einschlägigen internationalen Verhandlungen gleichsam zu übergehen und höheren Orts in Bonn zu überwinden. Der Außendruck des „Kalten Krieges“ dürfte dabei sicherlich von erheblicher, wenn nicht entscheidender Bedeutung gewesen sein.

VII.

Damit war vorerst nur die Norm bestimmt worden. In der Praxis mußte sie sich noch bewähren und mit Leben erfüllt werden. Ihr lag die vernünftige Einsicht des kategorischen Imperativs zugrunde, und wer sich in der Geschichte des deutsch-dänischen Grenzraums auskannte, hätte sie auch schon dem Zeitalter der Vernunft selbst entnehmen können. Als das rationale Zeitalter zu Ende ging und das nationale sich bereits ankündigte, waren die Grundpositionen des Nationalitätenkonflikts und seiner Überwindung in einer Auseinandersetzung zwischen dem dänischen Politiker und Lehrer des Kronprinzen Ove Høegh-Guldberg auf der einen und dem aufgeklärten Kieler Historiker Dietrich Hermann Hegewisch auf der anderen Seite bereits umrißhaft in Erscheinung getreten. Høegh-Guldberg hatte 1804 anlässlich eines Aufenthaltes im Gefolge des Hofes in Kiel die dänische Sprache auch für die Herzogtümer Schleswig und Holstein empfohlen und dabei den Eindruck erweckt, als solle sie allgemein eingeführt werden. Hegewisch antwortete darauf 1809 in einem anonymen fiktiven Brief, daß dies der Geschichte wie „dem natürlichen Lauf der Dinge“ widerspreche und fragte schließlich, woher das an Zahl stärkere Volk das Recht habe, von dem schwächeren zu fordern, seine Sprache zu lernen. Und er antwortete: „Ich weiß nicht, ob ein größerer Mißbrauch der Stärke möglich ist.“

Die Umgangssprache wird in der Regel mit der primären Sozialisation erworben. Sie wird uns dadurch - im wörtlichen Sinne - zu eigen, Teil unserer personalen Identität. Ihre metaphorische Kennzeichnung als Muttersprache bringt dies eindringlich zum Ausdruck. Wer seiner Sprache wegen angetastet, reglementiert, schikaniert oder diskriminiert wird, reagiert daher in aller Regel mit heftiger emotionaler Betroffenheit, mit dem Gefühl tiefer persönlicher Verletztheit. Die

Muttersprache ist aber zugleich auch Teil unserer ethnischen Identität. Ihre Benachteiligung und Unterdrückung oder gar der Versuch, sie durch bürokratische Zwangsmaßnahmen durch eine andere zu ersetzen, ruft durchweg eine starke solidarische Betroffenheit und Abwehr aller hervor, die diese Identität teilen. Das erklärt paradigmatisch die gleichsam selbstverständliche nationale Identifizierung und Solidarisierung mit den eigenen Minderheiten jenseits der Grenze und die nicht selten geradezu fanatische Irrationalität ethnischer Minderheitenkonflikte. Wie andere primäre Emotionen sind die mit der Muttersprache verbundenen - wenn Sie mir die Kennzeichnung gestatten - tiefer als alle Vernunft, sind von unmittelbarer Vitalität. Max Weber, dem wir gewiß keine Unter- oder gar Gering-schätzung des Rationalen werden nachsagen können, hat angesichts analoger Erfahrungen sogar von den „kalten Skelethänden rationaler Ordnungen“ gegenüber dem „wahrhaft Lebendigen“ gesprochen.

Einer der besten Kenner der hier erörterten Materie, Carl Georg Bruns, hat den ethnischen Minderheitenschutz historisch als eine Ausweitung des religiösen eingeordnet. Durch die Kieler Erklärung und die ihr folgende Landessatzung Schleswig-Holsteins hat das „Bekenntnis zu einer nationalen Minderheit“ in der Tat den Rang eines der Glaubensfreiheit korrespondierenden Grundrechts der persönlichen Freiheit erhalten. Hierin - denke ich - liegt nicht nur die historische Erklärung für den bemerkenswerten Wandel begründet, sondern auch die Triftigkeit der eingangs zitierten Urteile von Karl Christian Lammers und Lorenz Rerup, die der Lösung des Nationalitätenkonflikts im deutsch-dänischen Grenzraum Beispiel-, Vorbild- oder Modellcharakter zubilligen.

„Die Verantwortung der Lehrer ist so groß...“

Erinnerungen an die Gründung der Pädagogischen Hochschule Flensburg (1946- 1950)*†

von *WALTER ASMUS*

Nach dem Zusammenbruch 1945 wurde die Pädagogische Hochschule in Flensburg in Zusammenarbeit des Referenten für die Lehrerbildung in der Provinz Schleswig-Holstein, Friedrich Drenckhahn (1894-1977), und seines Mitarbeiters Ludwig Kiehn (1902-1984) mit der Britischen Militärregierung in Kiel nach dem Leitbilde der preußischen Pädagogischen Akademien konzipiert. Noch vor der im August 1946 erfolgten Konstituierung des Landes Schleswig-Holstein wurde die Pädagogische Hochschule in Flensburg am 21. März 1946 im Festsaal der Marineschule in Flensburg-Mürwik feierlich eröffnet. Zur Einleitung spielte das städtische Orchester unter der Leitung von Musikdirektor Miebler eine akademische Festouvertüre von Brahms. Der Oberbürgermeister der Stadt Flensburg, I. C. Möller, hieß die Anwesenden, unter ihnen den Chef der Erziehungsabteilung der Britischen Militärregierung, Oberstleutnant Wilcox, und den Oberpräsidenten Theodor Steltzer (1880-1967) herzlich willkommen. Er versicherte, daß diese Hochschule sich stets des Wohlwollens der Stadt Flensburg erfreuen könne. Nach ihm ergriff Oberstleutnant Wilcox das Wort. U.a. sagte er:

„Die Eröffnung einer Hochschule für werdende Lehrer markiert in Deutschland den Abschluß einer Epoche und den Beginn einer nächsten. Hier sollen deutsche Lehrer die notwendige Ausbildung erhalten, die sie befähigt, die deutsche Jugend zu verantwortungsbewußten Bürgern zu erziehen. Die Arbeit und der Dienst der Lehrer steht hier in Deutschland keinem anderen nach; es werden viele Lehrer benötigt, und von jedem einzelnen wird viel verlangt. In drei Jahren sollen daher nicht weniger als 15.000 Lehrer in der Britischen Zone ausgebildet werden. Wenn

* Es handelt sich um die durchgesehene und illustrierte Fassung eines Beitrages aus der Pädagogischen Rundschau, S. 701-705.-Der heute 90jährige Verfasser verließ 1950 Flensburg; bis 1954 war er Direktor und Professor am Pädagogischen Institut Weilburg, 1954 - 1963 Professor am Pädagogischen Institut Darmstadt-Jugenheim, 1964 - 1971 Professor für Erziehungswissenschaft an der Hochschule für Erziehung und der Universität Gießen. Siehe auch: Walter Asmus, Zur Geschichte der Lehrerbildung in autobiographischer Sicht, in: Geschichte der Lehrerbildung in autobiographischer Sicht, hrsg. v. Dieter P.J. Wynands, Frankfurt/M. u.a.O. 1992, S. 25-54. -Ferner: Walter Asmus, Wiedersehen nach 39 Jahren, in: Die Schleswig-Holsteinische Schule, H. 10/ 1985.

die Lehrer die Heranwachsende Jugend nicht zu echter Menschlichkeit und Sittlichkeit erziehen, droht die Gefahr, daß die Katastrophe Nazi-Deutschlands sich wiederholt. Daher ist die Verantwortung der Lehrer so groß“.¹ Der Oberpräsident Theodor Steltzer forderte die Lehrer eindringlich auf, ihre Aufmerksamkeit auch der inneren Skepsis und der Leere zuzuwenden, die bei vielen jungen Menschen die Lehren des Nationalsozialismus ablösten. Der kommissarische Direktor der neuen Hochschule, der evangelische Religionspädagoge Gerhard Bohne (1895-1977) sprach aus der Überzeugung heraus, daß das Wirken der Lehrer nur dann dauernde Frucht tragen könne, wenn es in einer innigen Beziehung zu Gott gründet. Mit dem Spiel von Beethovens Leonore-Ouvertüre beschloß das städtische Orchester die Feierstunde.

Zunächst sollten für Schleswig-Holstein etwa 220 von der Militärregierung überprüfte und genehmigte „Kriegsteilnehmer“ in einem 15-monatigen Sonderlehrgang in drei Trimestern in akademischer Weise auf die „Erste Prüfung für das Lehramt an Volksschulen“ vorbereitet werden. Soweit sie nicht bei ihren Angehörigen in Flensburg oder Umgebung wohnen konnten - und das konnten die wenigsten - wurden sie in dem der Hochschule benachbarten Heinz-Krey-Barackenlager notdürftig untergebracht. Wie notdürftig diese Unterbringung war, geht aus dem Einberufungsschreiben des Kieler „Amtes für Volksbildung“ vom 28.2.1946 hervor. In diesem Schreiben heißt es z. B.:

„Grundsätzlich hat jeder Lehrgangsteilnehmer für Unterkunft und Verpflegung selbst aufzukommen. Doch wird von hier aus dafür gesorgt werden, daß Räume des Barackenlagers Mürwik für die Unterbringung auswärtiger Teilnehmer hergerichtet werden. Es wird empfohlen, Decken, Bettwäsche, Handtücher, Tischlampen, Teller, Eßbestecke, ein Vorhängeschloß und Schreibmaterial mitzubringen. Für die Anmeldung bei der Lebensmittelkartenstelle Flensburg-Mürwik muß eine ordnungsgemäße Abmeldung von der bisherigen Verteilungsstelle vorgelegt werden. In Flensburg besteht zur Zeit keine Möglichkeit, mangelhafte oder unzureichende Bekleidungs- oder Sportbekleidung zu ergänzen. Sie sollen daher vor Antritt ihrer Reise dafür Sorge tragen.“²

Dem mit der Leitung der Hochschule beauftragten Religionspädagogen Gerhard Bohne standen zunächst nur vier Dozenten zur Seite: Der Kieler Mathematiker Eduard Becker, der Flensburger Biologe Walter Emeis (1891-1973), der Elbinger Kunstwissenschaftler Schober und der Holsteiner Walter Asmus (geb. 1903) als Pädagoge, der schon seit November 1945 vom Schleswiger Regierungsrat Steppat mit dem Aufbau der Volks- und Mittelschule in Hademarschen beauftragt gewesen war.

Von Anfang an war klar, daß diese Aufgabe in Flensburg weder durch eine methodische Rezeptpädagogik noch durch eine bloß theoretische Grundlegung,

sondern, wenn überhaupt, nur in wechselseitiger Durchdringung von pädagogischer Theorie und Praxis gelöst werden könnte. So stand neben den von der Geschichte (als Mittel gegen falsche Zuversicht wie gegen übertriebene Ängste) und der Theorie der Erziehung ausgehenden pädagogischen Vorlesungen eine von der unterrichtlichen Praxis ausgehende Allgemeine Unterrichtslehre im Vordergrund der Lehre. So vertrauensvoll und großzügig das „Amt für Volksbildung“ unter dem Landesdirektor Friedrich Teichert (1887-1950) von Anfang an die Entwicklung der Lehrerbildung in der neuen Pädagogischen Hochschule den Dozenten überließ, so vorsichtig verhielt sich verständlicherweise die Britische Militärregierung. So verlangte sie z. B., daß jeder Dozent nach einer von ihm gehaltenen Vorlesung unter Angabe des Tages und der Stunde ein Resümee des gedanklichen Inhaltes seiner Vorlesung in ein von der Militärregierung vorgefertigtes Heft eintrug; eine Vorschrift, deren Befolgung der Direktor kontrollieren sollte.

Da Gerhard Bohne wegen der schwierigen Ernährungslage den Studenten und Dozenten die Möglichkeit gab, am Wochenende nach Hause zu fahren, um sich einmal satt essen zu können und erst im Laufe des Montagvormittags zurückzukehren, weil damals sonntags noch keine Züge fuhren, fanden sonabend und montagvormittags keine Vorlesungen statt. Eine Verquickung unglücklicher Umstände brachte es mit sich, daß die Militärregierung in Person von Miss Walker und Mrs. Mc. Kechnie-Ferguson in Begleitung des Ministerialreferenten Drenckhahn am 24. Juni, einem Montag, eine unangemeldete „Besichtigung“ der Pädagogischen Hochschule vornehmen wollten. Gegen 11 Uhr traf die Kommission in Flensburg ein und fand, wie es nicht anders zu erwarten war, weder einen Studenten noch einen Dozenten vor. Die an der Organisation des Internatssystems der englischen Teacher Colleges orientierte Miss Walker fand es unverantwortlich, diese erwachsenen Männer während des Wochenendes ohne Aufsicht allein zu lassen, während der Flensburger englische Erziehungsoffizier Major Nash diese Regelung angesichts der schlechten Ernährungslage für „sehr vernünftig“ hielt. Miss Walker aber blieb uneinsichtig und unerbittlich: „He must be punished“, soll sie ausgerufen haben. Sie bestand darauf, Gerhard Bohne strafzusetzen. Nur mit dem größten Widerwillen gehorchten die deutschen Amtsträger im Kieler Ministerium diesem Befehl und versetzten Gerhard Bohne an den „Umschulungslehrgang“ für ehemalige Zöglinge der nationalsozialistischen „Lehrerbildungsanstalten“ in Burg (Dithmarschen). Sie beauftragten nun den Dienstältesten der Flensburger Lehrerbildner, den Mathematiker Eduard Becker (1903 - 1966) mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Hochschuldirektors. Nur zähneknirschend folgten die Dozenten und die Studenten, von denen Gerhard Bohne sich nicht einmal verabschieden durfte, seinem Rate, uns in seinem und in unserem eigenen Interesse jeden Protestes oder Widerstandes zu enthalten, da sonst die

Aulhebung der Pädagogischen Hochschule in Flensburg zu befürchten sei. So blieb zum größten Bedauern aller die Lehre Gerhard Böhnes auf das erste Trimester beschränkt: 1. „Einführung in den evangelischen Glauben“ und 2. „Wort und Dichtung im Unterricht“.

Nachdem nach der Eröffnung der Pädagogischen Hochschule in Kiel am 29. Juli 1946 die Hälfte des Sonderlehrgangs nach Kiel übergewechselt war und der Lehrkörper der Pädagogischen Hochschule in Flensburg durch den Psychologen Wilhelm Neuhaus (1892-1966), den Germanisten und Historiker Jagusch (früher Oberstudiendirektor in Pommern), den Leibeserzieher Kirchhoff (gestorben als Schulrat des Landkreises Flensburg) und die frühere Musikdozentin an der Pädagogischen Akademie in Kiel, Frau Henny Simons, erweitert war, konnte die Ausbildung des reduzierten Sonderlehrgangs ohne weitere Zwischenfälle bis zum Abschluß des Landschulpraktikums fortgesetzt werden. Der Bericht über dieses Praktikum wurde als schriftliche Prüfungsarbeit anerkannt und bewertet. Die wegen des durch die Entnazifizierung entstandenen Lehrermangels vorgezogene mündliche Prüfung fand am 9. Juni 1947 statt. Die Studenten wurden in der Pädagogik, der Psychologie und in einem von ihnen selbst gewählten Fach der Fachlichen Unterrichtslehre geprüft. Angesichts der sehr kurzen Ausbildung waren die Prüfungsleistungen überraschend gut. Daß diese Beurteilung nicht auf Fehleinschätzungen beruht, bezeugen die erfolgreichen Berufslaufbahnen der Studenten der ersten Jahrgänge³, die unter den schwierigsten Verhältnissen meist an wenig gegliederten oder gar einklassigen Landschulen im Juli 1947 mit minimalen Gehältern ihre unterrichtliche Tätigkeit begannen.

Zu den etwa 100 in Flensburg gebliebenen Studenten des Sonderlehrgangs kamen Anfang August 1946 etwa 150 Abiturientinnen und Abiturienten des ersten vier-semesterigen „Normalstudiums“, die in Kiel einem Begutachtungs-verfahren durch Friedrich Drenckhahn und Ludwig Kiehn unterzogen worden waren und am 29. Juli mit Lastkraftwagen nach Flensburg ins Heinz-Krey-Lager transportiert wurden. Das nun beginnende koedukative Studium hatte dank der ebenso großzügigen wie toleranten Haltung des nach der Abberufung von Gerhard Bohne mit der kommissarischen Leitung der Hochschule beauftragten Dozenten Eduard Becker eine starke Belebung des Gemeinschaftsgeistes der Studierenden, der musischen Erziehung und der freien Arbeitsgemeinschaften zur Folge, so daß alsbald jene freie, menschlich fundierte pädagogische Atmosphäre entstand, die Dozenten und Studenten verband und zukünftige Studenten anzog. Mit dieser freien akademischen Atmosphäre mag es Zusammenhängen, daß ein Bewerber um einen Studienplatz an der Pädagogischen Hochschule in Flensburg schrieb: „Warum melde ich mich nach Flensburg? Ich denke, daß die Luft akademischer Freiheit, echten Gemeinschaftsgeistes, die nach den Schilderungen der Studierenden

in Flensburg herrschen soll, mir außerordentlich wohlzutun wird.⁴

Daß nach der Berufung von Ivo Braak (geb. 1906) zum Dozenten für die Didaktik und Methodik der deutschen Sprache (1947) dieses Gemeinschaftsleben noch intensiviert wurde - unvergeßlich ist mir die von ihm mit den Studenten einstudierte Aufführung des „Jedermann“-Festspiels - bedarf der besonderen Hervorhebung. Ebenso sehr muß aber auch betont werden, daß durch die Berufung weiterer Dozenten die Möglichkeiten des Studiums an der Pädagogischen Hochschule Flensburg angereichert und ein differenzierteres Lehrangebot für die unterschiedlichen studentischen Individualitäten präsentiert werden konnte. Schon 1947 erhielt Rudolf Karnick (später Professor) einen Lehrauftrag für Praktische Pädagogik, und Erwin Nolte (geb. 1902) wurde als zweiter Psychologe berufen. Gerhard Bohne war als evangelischer Religionspädagoge zunächst durch den Theologen von Kietzell und nach ihm durch Hans Besch (geb. 1903) ersetzt worden. Nach dem frühen Tode Schobers schon Anfang 1947 erhielt Dozent Warming einen Lehrauftrag für die Bildende Kunst. Als weitere Fachdidaktiker wurden berufen: Johannes Laß (geb. 1906) als Physiker, Walter Stuhlfath (1887-1974) als Geograph, Dietrich Prengel als Dozent für Englisch und Ostern 1949 der Direktor der Pädagogischen Hochschule in Kiel, Friedrich Drenckhahn, als Professor für Mathematik und Erziehungswissenschaft. Im Sommersemester 1949 waren an dieser „Hochschule für Lehrer“ 12 hauptamtliche und 9 nebenamtliche Dozenten tätig.

Aus dem Dänischen des Berichtes der Zeitung Flensburg Avis vom 22. März 1946 übersetzt.

Zitiert nach dem an den späteren Grömitzer Realschuldirektor Heinz Behm gerichteten Einberufungsschreiben des Kieler „Amtes für Volksbildung“, dem der frühere Kappeiner Oberstudiendirektor Friedrich Teichert als „Landesdirektor“ Vorstand.

Zum Beispiel: Hermann Dietz (Kreisschulrat in Malente), Wilhelm Strech (Kreisschulrat in Bad Oldesloe), Kurt Warwel (Professor für Schulpädagogik an der Universität Frankfurt/Main, Walter Piel (Professor für Psychologie an der Universität Dortmund, Otto Kröhnert (Professor für Gehörlosenpädagogik an der Universität Hamburg, Peter Brunkert (Professor an der Pädagogischen Hochschule und Ministerialrat in Kiel), Günther Pflughaupt (Ministerialrat in Kiel), Gerhard Kochansky und Rudolf Krüger (Professoren an der Pädagogischen Hochschule Flensburg). Zitiert nach einem von mir bearbeiteten Bewerbungsschreiben eines Studenten.

Das Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte*

von *DETLEF KÖRTE*

Entstehung des Instituts

Am 24.1.1990 fand im schleswig-holsteinischen Landtag eine bemerkenswerte Debatte statt. Behandelt wurde eine Große Anfrage der SPD-Mehrheitsfraktion zum „Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein“. Dabei wurden nicht nur der aktuelle Rechtsextremismus und die Möglichkeiten seiner Bekämpfung diskutiert. Ausgehend von der Erkenntnis, daß man die Gegenwart nur dann verantwortungsvoll gestalten kann, wenn man Lehren aus der Vergangenheit zieht, wurde auch eingehend über die nationalsozialistische Vergangenheit in Schleswig-Holstein debattiert.

Es wurde hinterfragt, welche Gründe die NSDAP in Schleswig-Holstein bereits vor 1933 zur stärksten politischen Kraft gemacht hatten (bei den Reichstagswahlen vom Juli 1932 hatte die NSDAP in Schleswig-Holstein mit 51% der Stimmen ihr reichsweit bestes Ergebnis erzielen können), welche Auswirkungen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft auf das Leben der Menschen in dieser Region gehabt hatte und welche Fehler nach 1945 beim Umgang mit dieser Vergangenheit gemacht worden waren.

Fast alle Rednerinnen und Redner der Landtagsdebatte kamen zu der Erkenntnis, daß auf viele dieser Fragen keine Antworten zu bekommen waren. Denn im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern, wo bisweilen schon seit Jahrzehnten durch eigene Forschungsstellen die regionale NS-Geschichte systematisch erforscht wird, konnte 1990 in Schleswig-Holstein von einer solchen Forschungstätigkeit nicht die Rede sein. Es wurde festgestellt, daß eine solche Forschungsstelle auch für das nördlichste Bundesland dringend vonnöten sei.

Karl Otto Meyer vom SSW brachte die Sache auf den Punkt, indem er im Landtag sagte: „Die Errichtung einer Forschungsstelle für Zeitgeschichte begrüße ich. Deren Einrichtung sollte allerdings nicht auf die lange Bank geschoben werden.“

Die Errichtung dieser von allen Parteien im Landtag als notwendig befundenen Forschungsstelle wurde von der sozialdemokratischen Landesregierung

* Dieser Aufsatz ist eine überarbeitete Fassung eines Vortrages, den der Autor am 8.5.1993 in Husum im Rahmen der Jahresmitgliederversammlung des Grenzfriedensbundes hielt.

tatsächlich nicht „auf die lange Bank geschoben“. Im Frühjahr 1992 nahm das „Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte an der Pädagogischen Hochschule Flensburg“ (IZRG) seine Arbeit im Nordflügel des Prinzenpalais in Schleswig auf. Damit wurde auch dem Wunsch und dem jahrelangen Bestreben eines verdienten Landespolitikers Rechnung getragen, dem es leider nicht mehr vergönnt war, die Eröffnung dieses Institutes noch zu erleben: Kurt Hamer. Der ehemalige Landtagsabgeordnete der SPD, Landtagsvizepräsident, Minderheitenbeauftragte der Landesregierung und Sprecher des Beirats für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein hatte sich jahrelang für die Errichtung einer solchen Forschungsstelle eingesetzt.

Der Aufbau des Instituts

Es hat sich gezeigt, daß mit Schleswig als Standort für das Institut eine gute Wahl getroffen wurde, denn es befindet sich im selben Gebäude wie das Landesarchiv, mit dem es eng zusammenarbeitet. Der schnelle Zugriff auf die im Landesarchiv bewahrten Akten macht das Institut zu einem „Bergwerk auf dem Flöz“, wie es die Kultusministerin in ihrer Eröffnungsrede treffend formulierte. Daß durch die Ansiedlung dieser neuen Forschungs- und Bildungsstätte an der Pädagogischen Hochschule Flensburg auch der Landesteil Schleswig gezielt gefördert werden sollte, liegt auf der Hand.

Zum Institut gehören derzeit zwei (in absehbarer Zeit vier) Wissenschaftler, eine Sekretärin und eine Hilfskraft. Die Berufungsverfahren für zwei Professorenstellen laufen, so daß das Institut seine Aufgaben hoffentlich bald mit ganzer Kraft erfüllen kann.

Die Mitarbeiter des Instituts sind in der glücklichen Lage, bei ihrer Arbeit auf ein kompetentes Kuratorium und den Sachverstand von dessen Mitgliedern zurückgreifen zu können. Das Kuratorium repräsentiert ein breites Spektrum von Organisationen und Institutionen, die sich in den letzten Jahren besonders um die Erforschung der schleswig-holsteinischen Zeitgeschichte verdient gemacht haben. Dies gilt nicht zuletzt für den Grenzfriedensbund, dessen Grenzfriedenshefte auch in dieser Beziehung einschlägig bekannt sind. In der schwierigen Aufbauphase des Instituts hat der Vertreter des Grenzfriedensbundes, Herr Dr. Leppien, das Amt des Sprechers im Kuratorium übernommen.

Neben dem Grenzfriedensbund sind u.a. der Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, der Arbeitskreis für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins und der Beirat für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein vertreten. Die in der Institutsatzung vorgesehenen Kontakte zur dänischen Forschung werden durch den

Leiter des Institut for Grænseregionsforskning in Apenrade, Herrn Dr. Becker-Christensen, sichergestellt.

Forschungsvorhaben

Das Institut hat einen breiten Aufgabenkatalog. Hier ist zunächst die Forschung zu nennen und die Aufgabe, die Geschichte des Nationalsozialismus einschließlich seiner Vor- und Nachgeschichte, die Wirtschafts- und Sozialgeschichte, die Mentalitätsgeschichte, die Geschichte der Arbeiterbewegung, die Geschichte der Demokratisierung und die Mentalitätsgeschichte Schleswig-Holsteins seit Beginn der Industrialisierung darzustellen und auf breiter Basis zu vermitteln.

Als Grundlage für die mittelfristige Forschungsplanung hat das Institut ein Arbeitsprogramm erstellt. Untersucht werden sollen Herrschaftsaufbau und Herrschaftszerfall in der schleswig-holsteinischen Zeitgeschichte. Gegenstände der Forschung sollen sein: die Etablierung, der Aufbau, die Durchsetzung von regionaler und lokaler Herrschaft, die Widerstände, denen sie begegnete, der Zerfall und der Neuaufbau und die daran Beteiligten (politische Führungsschichten, soziale Klassen, Organisationen, Parteien, Verbände etc.) einschließlich ihrer Handlungsmotive.

Dieser Ansatz bietet sich nicht nur deshalb an, weil er derzeit auch von ähnlichen Instituten in anderen Bundesländern verfolgt wird. Mit der regionalgeschichtlichen Untersuchung von epochenübergreifenden Herrschaftsstrukturen - in diesem Fall von „Weimar“ bis „Bonn“ — lassen sich längerfristige Entwicklungstendenzen besser erkennen und die Verhaltensweisen von (nicht nur) politischen Führungsschichten besser erklären.

Hinsichtlich der Forschungsarbeit wird sich das Institut zunächst schwerpunktmäßig der Erforschung des Nationalsozialismus widmen.

Der Verfasser erarbeitet derzeit eine Sammelbiographie der schleswig-holsteinischen NSDAP-Kreisleiter. Es handelt sich dabei um eine Gruppe von etwa 90 Männern, die die wichtigsten Repräsentanten der NSDAP in den Landkreisen und kreisfreien Städten waren. Dabei soll neben der sozialen Herkunft und dem beruflichen Werdegang untersucht werden, welche Rolle sie für den Aufstieg der NSDAP in ihrer jeweiligen Region spielten, wie sie mithalfen, die nationalsozialistische Gewaltherrschaft in ihren Kreisen durchzusetzen und wie nach 1945 mit diesen ehemaligen regionalen Exponenten des NS-Regimes umgegangen wurde. Es ist ein Forschungsprojekt über das politische „Wirken“ von Männern wie Hermann Hansen aus Husum, Pastor Johann Peperkorn aus Viöl, Claus Hans aus Flensburg; Anhand ihrer Biographien sollen das Aufkommen, die Herrschaftsjahre und die „Bewältigung“ der schleswig-holsteinischen NS-

Vergangenheit exemplarisch aufgearbeitet werden.

Die NS-Zeit behandelt ebenfalls das erste Drittmittelprojekt des Instituts. Bei dem vom Justizministerium des Landes Schleswig-Holstein finanzierten und vom Institut betreuten Vorhaben, für das ein Historiker eingestellt werden konnte, handelt es sich um eine mittels EDV durchgeführte Erfassung mehrerer tausend im Landesarchiv aufbewahrter Akten der Sondergerichte Altona und Kiel. Dabei wird eng zusammengearbeitet mit einer Forschungsgruppe der Hamburger Justizverwaltung unter der Leitung des Rechtshistorikers Klaus Bästlein, die seit längerer Zeit die Geschichte der Hamburger NS-Justiz erforscht und in Form eines ersten Sammelbandes bereits sehr aufschlußreiche und überzeugende Ergebnisse vorlegen konnte. Mit dem Drittmittelprojekt wird es möglich sein, wichtige Erkenntnisse zur schleswig-holsteinischen NS-Justiz und ihrer Funktion zu bekommen.

In das Arbeitsprogramm gliedert sich auch das Forschungsprojekt des zweiten Wissenschaftlers des Instituts ein. Herr Prof. Dr. Peter Wulf, das derzeitige geschäftsführende Vorstandsmitglied des Instituts, untersucht Kontinuität und Wandel des Parteiwesens in Schleswig-Holstein nach 1945. Dabei wird auch hinterfragt werden, ob es bei den Neugründungen dieser Parteien personelle und programmatische Kontinuitäten zu den Weimarer Parteien gab, wobei als erste Partei die schleswig-holsteinische CDU untersucht werden soll.

Über die Grenzen Schleswig-Holsteins hinaus führt ein Forschungsvorhaben, für das hoffentlich Mittel der Stiftung Volkswagen werk eingeworben werden können, die einen neuen dem Arbeitsprogramm des Instituts nahestehenden Forschungsschwerpunkt hat, in dem die Prozesse von Herrschaftszerfall und Herrschaftsaufbau im Ost-West-Vergleich und die daran beteiligten Personen untersucht werden sollen. Das Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte plant ein großangelegtes Forschungsprojekt zur Entwicklung der heutigen Bundesländer Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Als zeitliche Eckpunkte sollen dienen der Beginn des Zerfalls der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, der etwa mit der verlorenen Schlacht von Stalingrad 1943 zu terminieren ist, und die Stabilisierung der jeweiligen Nachkriegsordnungen Anfang der 50er Jahre. Es soll untersucht werden, welche politischen Umwälzungsprozesse es in diesem Zeitraum in den beiden bis 1945 sehr ähnlichen Ländern gab, welche wirtschaftlichen Änderungen vollzogen wurden, welche Personengruppen der politischen Elite beider Länder maßgeblich daran beteiligt waren und wie sich die Lebensverhältnisse junger Menschen unter diesen Bedingungen gestalteten.

Vermittlungstätigkeit

Neben reiner Forschungsarbeit und der Lehrtätigkeit an Hochschulen dieses

Landes organisiert das Institut u.a. Vorträge. So findet derzeit im Dr. Bamberger Haus in Rendsburg eine Vortragsreihe zur Geschichte der Juden in Schleswig-Holstein statt. Darüber hinaus veranstaltet das Institut Exkursionen, wie z.B. im Januar dieses Jahres zur KZ-Gedenkstätte Neuengamme.

Das Institut stellt Referenten für Vorträge zur neueren Geschichte Schleswig-Holsteins an Schulen, Volkshochschulen und anderen Bildungseinrichtungen. Darüber hinaus können die Mitarbeiter Hilfestellung für Ortschronisten, Studenten und Schüler beim Erarbeiten von lokalgeschichtlichen Studien leisten.

Ein weiteres Arbeitsfeld ist die Organisation von Fachtagungen. Im Januar dieses Jahres wurde in Zusammenarbeit mit dem Nordfriesischen Institut in Bredstedt eine Fachtagung zur Geschichte Nordfrieslands im „Dritten Reich“ durchgeführt. Durch eine mit dem Arbeitskreis zur Geschichte Niedersachsens nach 1945 geplante gemeinsame Tagung zur Geschichte der Parteien in Norddeutschland nach 1945 sollen nicht nur Kontakte zu Wissenschaftlern außerhalb Schleswig-Holsteins intensiviert bzw. neu aufgebaut werden. Angestrebt wird auch ein enger Erfahrungsaustausch über die in den einzelnen Ländern laufenden Forschungsprojekte und über neue methodische Forschungsansätze und Fragestellungen. Tagungen sollen jedoch nicht nur mit Fachwissenschaftlern durchgeführt werden. Das Institut ist deshalb auch bestrebt, z.B. Fortbildungsveranstaltungen für Lehrer durchzuführen. Im Februar dieses Jahres konnte in Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut Schleswig-Holstein für Praxis und Theorie der Schule eine Fortbildungsveranstaltung durchgeführt werden mit dem Thema „Schleswig-Holstein im 'Dritten Reich'“.

Gesellschaftspolitische Relevanz

Durch die oben skizzierten Forschungsprojekte und Aktivitäten hoffen wir, dem uns gestellten breiten Aufgabenkatalog gerecht werden zu können und in der Lage zu sein, sowohl als Forschungsinstitut wichtige Beiträge zur Erforschung der Landesgeschichte zu leisten und darüber hinaus als Service-Institut alle an der neueren schleswig-holsteinischen Geschichte Interessierten unterstützen zu können.

Es ist die Frage gestellt worden, welchen Beitrag das Institut zur Bekämpfung rechtsextremer Tendenzen leisten kann. Das Institut wird nicht in der Lage sein, durch seine Forschungsarbeiten und Vermittlungstätigkeiten überzeugte Rechtsradikale zu „bekehren“.

Dieses hat Uwe Danker in den Grenzfriedensheften vom März 1993 richtig konstatiert. Das Institut kann aber wichtige Arbeit leisten, Menschen darüber aufzuklären, wie verhängnisvoll die Unterschätzung rechtsradikaler Tendenzen (nicht

nur) in der schleswig-holsteinischen Zeitgeschichte war und was es bedeutete, wenn eine Partei mit nationalsozialistischem Gedankengut die Regierung stellt. Das Institut kann dadurch einen wesentlichen Beitrag zur politischen Kultur dieses Landes leisten.

Das Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte befindet sich in 24837 Schleswig, Gottorfstr. 6b, Tel. 0 46 21 / 86 18 90, Telefax 0 46 21 / 3 65 45.

Mitgliederversammlung 1993

Am 8. Mai hielt der Grenzfriedensbund im Handwerker-Vereinshaus in Husum seine Hauptversammlung ab und kehrte damit nach Jahren in die Gaststätte zurück, in der früher immer unsere Versammlungen stattfanden. Vor rund 100 Teilnehmern konnte der Vorsitzende einige Gäste begrüßen, u. a. den stellvertretenden Bürgervorsteher der Stadt Husum, Herrn Lemor, die Landtagsabgeordneten Gyde Köster (SPD) und Hans-Klaus Solterbeck (CDU), den deutschen Generalkonsul Fehrenbach aus Apenrade sowie Vertreter befreundeter Verbände, z. B. Gerhard Schmidt und Peter Iver Johannsen vom Bund deutscher Nordschleswiger, Gert Roßberg und Dr. Armin Schütz vom Deutschen Grenzverein, Harald Kracht vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund und Detlef Parthie von der Arbeiterwohlfahrt.

In seiner Begrüßung ging Herr Thomsen insbesondere auf die „Atmosphäre“ im Grenzland ein und machte dies an zwei Veranstaltungen deutlich: Einmal der rüden und polemisch geführten Diskussion um die Rückkehr des Ildstedt-Löwen nach Flensburg im September vergangenen Jahres und zum anderen einer Sankelmark-Tagung im März 1993, in der in großer Aufgeschlossenheit von deutschen und dänischen Fachleuten über gemeinsame Bemühungen für die Entwicklung des deutsch-dänischen Grenzraumes gesprochen wurde. Wörtlich sagte er: „Ich setze für die Zukunft auf den Geist dieser Sankelmark-Tagung und nicht auf den Ungeist der Eiferer gegen ein altes Denkmal.“

Freundliche und ermunternde Grußworte, auch für die zukünftige Arbeit des Grenzfriedensbundes, richteten der stellvertretende Bürgervorsteher Lemor, die Landtagsabgeordneten Köster und Solterbeck, Herr Roßberg und Herr Schmidt an die Versammlung. Die Zuhörer registrierten dankbar die Anerkennung für die Arbeit unserer Organisation und die guten Wünsche für die Bewältigung dieser Aufgaben auch in den schwierigen Zeiten, die uns in finanzieller Hinsicht mit Sicherheit bevorstehen.

Es folgte die Vorlage des Geschäfts- und Kassenberichtes. Die Revisoren bescheinigten dem Vorstand eine ordnungsgemäße und sparsame Haushaltsführung. Die Versammlung erteilte dem Vorstand daraufhin einstimmig Entlastung für die Arbeit im Jahre 1992.

Bei den Wahlen wurde Herr Thomsen als Vorsitzender und Herr Hay als stellvertretender Vorsitzender einstimmig wiedergewählt. Auch alle Beisitzerinnen und Beisitzer erhielten ein einstimmiges Votum der Mitgliederversammlung. Dem Vorstand gehören also wie bisher folgende Damen und Herren an:

Artur Thomsen, Flensburg	- Vorsitzender
Lothar Hay, Flensburg	- stellv. Vorsitzender
Hans Walter Clausen, Husum	- Beisitzer
Dorothea Gutmann, Flensburg	- Beisitzerin
Hauke Hüper, Husum	- Beisitzer
Cornelie Seefeld, Schleswig	- Beisitzerin
Ilse Sörensen, Büdelsdorf	- Beisitzerin
Bernhard Wolf, Flensburg	- Beisitzer
Helmut Wrensch, Tönning	- Beisitzer

Auch die Revisoren, Herr Kuhlmann, Herr Carstens und Herr Pilz erhielten aufs neue den Auftrag, ihre Prüfungstätigkeit, was die Geschäftsführung angeht, fortzusetzen.

Dann ging es um eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge. Nach einer Anregung in der Mitgliederversammlung 1992 hatte der Vorstand einen Vorschlag erarbeitet, den Herr Thomsen nun vortrug:

- a) Erhöhung des Jahresbeitrages für persönliche Mitglieder von 12,- DM auf 20,- DM,
- b) Erhöhung des Jahresbeitrages für korporative Mitglieder (Vereine, Schulen usw.) von 25,- DM auf 40,- DM.

In seinen Erläuterungen erklärte der Vorsitzende, daß eine Beitragserhöhung nur Sinn habe, wenn sie eine spürbare Verbesserung der finanziellen Situation des Bundes bewirke; andererseits müsse sie so abgefaßt sein, daß das einzelne Mitglied in seinen Möglichkeiten nicht überfordert werde. Diese Erwägungen hätten zu dem oben genannten Vorschlag geführt. Die Mitgliederversammlung billigte mit nur einer Gegenstimme die Vorstandsempfehlung und beschloß, die Erhöhung ab 1.1.1994 wirksam werden zu lassen.

Im Anschluß daran hielt Herr Dr. Detlef Korte ein Referat über „Das Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte“, das an anderer Stelle in diesem Heft abgedruckt ist.

Am Ende der Tagung fand wie immer ein gemeinsames Mittagessen statt, bei dem die Teilnehmer Gelegeheit nahmen, untereinander lebhaft Gespräche zu führen.

Die Redaktion

Ein paar Pressestimmen zur „Maastricht“-Abstimmung in Dänemark...

Nun kam dänisches Ja: Ganz Europa ist jetzt erleichtert Kopenhagen. Die zweite dänische Volksabstimmung zum Thema europäische Union, dieses Mal mit den Edinburgh-Vereinbarungen als Schwerpunkt, war längst

nicht so spannend wie die erste Runde am 2. Juni vorigen Jahres.

Bereits kurz nach Schließung der Wahllokale um 20 Uhr stand fest, daß 56,8 Prozent der dänischen Wähler ihr Kreuz beim Ja setzten, 43,2 Prozent stimmten mit Nein (1992: 49,3/50,7).

Das deutlich positive Europa-Ergebnis wurde von einer Wahlbeteiligung von durchschnittlich 86,2 Prozent begleitet. 1992 gingen 83,1% der Wähler zu den Urnen. Entscheidend war vor allem auch, daß sich der große Anteil der Nein-Sager in den Städten diesmal in Befürworter wandelte, so in Arhus und im Amt Kopenhagen.

„Ich bin unglaublich glücklich über das Ergebnis – das ist eine der wichtigsten historischen Entscheidungen für unser Land. Dänemark bewahrt nun seinen Platz als voll gültiges Mitglied in der EG. Die dänische Regierung fühlt sich jetzt dazu verpflichtet, Handlungskraft zu zeigen, was wir bereits heute tun, wo wir eine Reihe von Gesetzesvorschlägen einbringen, die die Beschäftigung ankurbeln sollen“, so ein sichtlich erleichteter Staatsminister Poul Nyrop Rasmussen (Soz), der sich dafür einsetzen will, daß die EG künftig Offenheit, Demokratie und das Prinzip der Nähe hoch prioritiert. Nyrops Vorgänger im Staatsministeramt, Poul Schlüter (Kons.), freute sich darüber, daß es seine konservative Regierung war, die die Edingburgh-Sonderregelungen nach schwierigen Verhandlungen erreicht hatte. „Das Abstimmungsergebnis ist sehr positiv. Nun hoffe ich, daß Großbritannien unserem Beispiel folgt.“

SF-Vorsitzender Holger K. Nielsen sieht die dänische Nation angesichts über 40 Prozent Nein-Stimmen noch immer zersplittert: „Das bescheidene Ja ist ein klares Signal, daß die Politiker eine weitere EG- Integration stoppen müssen, wenn die anderen Länder weitermachen wollen.“

„Kein besonders großes Ja“ konstatierte hingegen der frühere Außenminister und „Super-Europäer“ Uffe Ellemann-Jensen (V): „Das muß für diejenigen Parteien enttäuschend sein, deren Wähler nicht dem Aufruf der Parteispitze gefolgt sind, zum Beispiel die Sozialdemokraten und SF.“ Dennoch machte sich bei Venstre wie auch bei den Konservativen große Erleichterung über das Ja der Bevölkerung breit.

Die Enttäuschung stand den Mitgliedern der Fortschrittspartei ins Gesicht geschrieben, die als einzige Folketingspartei für ein Nein eingetreten ist. „Die Schlacht ist geschlagen, aber wir dürfen die vielen Nein-Sager nicht vergessen“, meinte Sprecherin Pia Kjærsgaard.

Einig waren sich die kleinen Mittelparteien darüber, daß die EG-Debatte trotz des Ja weitergehen soll: „Die Politiker müssen dabei einen engeren Kontakt zu den Wählern haben. Aus dem Nein vom 2. Juni und der allgemeinen Skepsis, die noch immer herrscht, müssen wir lernen“, so Ökonomiministerin Marianne Jelved (Rad.). Einheitlich befürwortet wurde das Abstimmungsergebnis bei der

Wirtschaft, den Arbeitgebern, der Landwirtschaft und bei den Gewerkschaften. Hoffnung auf eine breite Zinssenkung und einen merkbaren ökonomischen Aufschwung kam auf. „Die Unsicherheit ist vorbei, es erscheint Licht am Ende des Tunnel“, bemerkte „Dansk Industri“.

„Das größte Problem in der Landwirtschaft ist der hohe Zinssatz - jetzt können wir aber wohl aufatmen“, sagte der Präsident des „Landbrugsråd“, H. O. A. Kjeldsen, erfreut. LO-Vorsitzender Finn Thorgrimson dankte der sozialdemokratischen Regierung: „Sie hat Vertrauen dafür geschaffen, daß der dänische Wohlfahrtsstaat ungeachtet der europäischen Gemeinschaft bewahrt werden kann.“

Weder Jubel noch Grabesstimmung bei den EG-Gegnern: Juni-Bewegung, Einheitsliste und die Volksbewegung gegen EG wollen nicht resignieren, sondern weiter für ihre Sache kämpfen. „Das Wahlergebnis zeigt auch die Skepsis der Menschen, und wir wollen uns dafür einsetzen, daß diese Skepsis bei den Politikern respektiert wird“, sagte Ib Christensen von der Volksbewegung.

Nordschleswiger, 19.5.1993

Nordschleswig: Große Freude über Ja-Ergebnis und Angst vor Frustration Apenrade. Folketingsabgeordnete Eva Kjær Hansen (Venstre) äußerte sich außerordentlich froh über das Ja-Ergebnis bei der EG-Volksbefragung, denn andernfalls hätte Dänemark die Handlungsfähigkeit der gesamten EG gelähmt. Sie liege ganz auf der Linie ihrer Partei, daß es für Dänemark besser wäre, sich der Münzunion und einer EG-Verteidigungsgemeinschaft anzuschließen. Doch sie stehe zu den Entscheidungen, daß hier nichts geschieht, bevor die Bevölkerung in einer neuen Abstimmung – 1997 oder 1998 – gehört worden ist. „Nun ist erst einmal gesichert, daß wir weiter mit am EG-Tisch sitzen und – wie bereits vorgeführt – dafür sorgen, daß in der EG mehr Offenheit und das Nahheitsprinzip stärker zum Tragen kommen.“

Der Sprecher der bürgerlichen Anti-Unionsbewegung „Nødvendigt Forum“, Kresten Bjerre, Rødding, meinte zum Ergebnis: „Die Dänen haben nicht Ja zu Maa-stricht gesagt, sie haben sich auf die Edinburgh-Vereinbarungen verlassen. Ausschlaggebend für den Stimmungsumschwung war die Furcht um die Arbeitsplätze.“ Er befürchte nun einen Frustrationseffekt in der Bevölkerung, wenn es nicht die versprochenen neuen Arbeitsplätze gibt. Kritisiert hatte Bjerre Danfoss-Chef Henry Petersen, nachdem dieser in Radio Syd nichts von neuen Arbeitsplätzen in seinem Konzern wissen wollte, zuvor aber in diese Richtung Werbung für ein Ja betrieben hatte.

Die sozialdemokratische Fraktionschefin im Amtsrat, Bente Tiettje, Norburg, ist sehr froh über die über dem Landesdurchschnitt liegende Zustimmung in

Nordschleswig. Sie hoffe, daß nach den eindringlichen Aussagen der Wirtschaft jetzt auch die „Räder in Bewegung kommen“ und im exportorientierten Landesteil neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Ihrer Partei sei es gelungen, die Anhänger von einem Ja zu überzeugen.

Nordschleswiger, 21.5.1993

Dänen gaben Europa neue Schubkraft!

Erleichterung und positive Reaktionen in Bonn über den Ausgang des dänischen Referendums

Das politische Bonn war am Tage nach dem dänischen Referendum erleichtert. Trotz der günstigen Prognose der letzten Meinungsumfragen blieb bei den verantwortlichen Politikern in der Bundeshauptstadt bis zuletzt ein Hauch von Zweifel, ob die vielen unentschlossenen Dänen letztlich die Waagschale zugunsten der Nein-Sager neigen würden. Bundeskanzler Helmut Kohl war die Genugtuung anzumerken: „Die Dänen haben mit ihrem Votum dem europäischen Einigungsprozeß neue Schubkraft verliehen.“ Der positive Ausgang des Referendums sei eine wichtige Etappe auf dem Weg zur europäischen Union, meinte der Kanzler und prognostizierte: „Dieses Ergebnis wird jetzt auch dazu beitragen, daß in Großbritannien die Beratungen über die Ratifizierung vorangebracht werden.“ Bundesaußenminister Klaus Kinkel (FDP), nannte das Ergebnis der Volksabstimmung „eine Absage an die Euro-Skeptiker“. Die Dänen hätten mit ihrer Entscheidung den Weg frei gemacht für die Schaffung der europäischen Union. Gleichzeitig sei dies ein Signal für die Beschleunigung der Beitrittsverhandlungen mit Schweden, Finnland, Norwegen und Österreich.

Auch die offiziellen Sprecher der SPD- Opposition im Bundestag bewerteten das Ergebnis des Referendums vor allem als Schritt hin zur Union. SPD-Fraktionsgeschäftsführer Günther Verheugen meinte, das eindeutige Ja habe die Gefahr einer schweren Krise der europäischen Einigungspolitik abgewendet. Der Regierung von Staatsminister Poul Nyrup Rasmussen sei es gelungen, die Mehrheit im Lande vom Weg in die Isolation abzuhalten. Die europapolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Heide Wieczorek-Zeul warnte gleichzeitig die europäischen Staaten davor, sich durch das dänische Votum zu einem Weiter-so verleiten zu lassen. Sie sollten jetzt die Ängste der Bürger ernst nehmen und die Weichen für eine „Umwelt- und Sozialunion“ stellen, meinte sie. Auch die deutsche Industrie reagierte mit großer Erleichterung auf das dänische Ja. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) teilte in Bonn mit, wahrscheinlich sei nun die schwierigste Hürde für das Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages genommen worden. Der Handlungswille der Gemeinschaft

werde wieder gestärkt. Das Signal aus Dänemark dürfte auch zu einer Stabilisierung des Europäischen Währungssystems beitragen.

Nach der politischen Entscheidung in Kopenhagen und dem zu erwartenden positiven Gesetzgebungsverfahren im britischen Unterhaus wartet man in Bonn nun ungeduldig auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe. Dort liegen noch immer mehrere Verfassungsbeschwerden gegen den Maastrichter Vertrag zur Entscheidung vor. Die Klagen richten sich vor allem gegen die Übertragung von nationalen Rechten auf eine nicht vom Volk gewählte und kontrollierte Behörde, die europäische Kommission. In Bonn wird mit einem Urteil nicht vor der Sommerpause gerechnet. Die Politiker erwarten, daß die Klagen abgewiesen werden. Alles andere wäre eine Sensation. Denn dann würde der Maastrichter Vertrag ausgerechnet von dem europäischen Musterland Deutschland nicht ratifiziert werden können.

Christian Glass, Bonn
Nordschleswiger, 21.5.1993

„Schlacht noch lange nicht verloren“

Kiel. „Verloren ist die Schlacht noch lange nicht, daß wir keinen europäischen Bundesstaat, sondern einen Staatenbund bekommen“, hat Landtagsabgeordneter Karl Otto Meyer (SSW), Schafflund, nach dem Ausgang der dänischen Volksabstimmung unterstrichen.

„Jetzt müssen wir sehen, was die EG-Kommission tut. Wenn sie nicht die Wirtschafts- und Währungs-, sondern die Politische Union anpackt, dann werden es sich viele noch überlegen“, sagte Meyer und verwies auf eine weitere dänische Abstimmung 1996 oder 1998.

„Enttäuscht bin ich nicht“, und Gefahren für Dänemark sehe er nach dem Abstimmungsergebnis keine, meinte Meyer. „Ich hatte mit 60 zu 40 Prozent im ungünstigsten, mit 52 bis 48 Prozent im günstigsten Falle gerechnet.“ Ein Nein habe er nicht erwartet.

„Die gute Zusammenarbeit zwischen Dänemark und Deutschland kann durch das Referendum nur verbessert werden“, sagte Oppositionsführer Dr. Ottfried Hennig (CDU), Kiel, gestern. „Gemeinsam müssen wir in der EG den Norden stark machen. Dies bedeutet auch, den Boden für den Beitritt der anderen skandinavischen Länder in die EG zu bereiten.“

„Die EG-Norderweiterung ist wichtig für uns alle“, unterstrich Europa- und Bundesratsminister Gerd Walter (SPD), Kiel, gestern. „Es ist in der EG wichtig, Staaten dabeizuhaben, die so denken wie wir in Schleswig-Holstein.“

Die deutsch-dänische grenzregionale Zusammenarbeit werde nach dem Ja-

Ergebnis „neuen Auftrieb erfahren“, sagte Walter und erinnerte an das EG-Programm Interreg II ab 1994. Projekte dafür seien mit dem Amt Nordschleswig noch nicht erörtert worden.

Bei einem dänischen Nein hätte es zwei Gefahren gegeben, verdeutlichte der Minister: Ein Kern-Europa mit deutsch-französischem Motor hätte ein höheres Integrationstempo vorgelegt und die EG- Erweiterung um EFTA-Staaten „möglicherweise auf Eis gelegt“. Antieuropäische Tendenzen hätten neue Nahrung bekommen, „in Deutschland immer ein besonderes Problem. Ein Deutschland ohne europäische Integration ist ein Deutschland, das ich nicht gerne haben will!“

Nordschleswiger, 21.5.93

... und zum FUEV-Nationalitätenkongreß in Kupfermühle bei Flensburg

Minderheitenlösung sichert Frieden

Grußworte zum FUEV-Kongreß von Folketingsvizepräsident Ivar Hansen, EP-Vizepräsident Siegfried Alber, Außenminister Klaus Kinkel und Innenminister Rudolf Seiters

Kupfermühle. Eine tragfähige Minderheitenlösung sichert zugleich den Frieden, hat Folketingsvizepräsident Ivar Hansen (Venstre), Kopenhagen, gestern vor dem 19. Nationalitätenkongreß der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (bei Flensburg) unterstrichen.

„I am so happy today“, sagte Hansen gleich dreimal in seinem Grußwort, weil nach dem ersten ablehnenden Referendum in Dänemark gegen die Europäische Union im Juni 1992 bei der neuerlichen Volksabstimmung zur Union mit den von Dänemark in Edinburgh erreichten Ausnahmeregelungen am Dienstag eine „majority voted yes“.

Jetzt komme es darauf an, auf dem Balkan Frieden zu erreichen, mahnte Hansen. „Die Minderheitenprobleme in diesem Teil Europas sind gelöst“, meinte er im Blick auf das deutsch-dänische Grenzland. Er sei sicher, „daß jetzt Frieden auf Dauer zwischen Dänemark und Deutschland“ herrsche. Dazu trügen die Minderheiten als „kultureller Reichtum Europas“ bei.

„Die Einführung eines europäischen Ombudsmannes für Volksgruppen sollte man in Erwägung ziehen“, forderte der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Siegfried Alber, in seinem Grußwort. Der Bozener Entwurf der FUEV für eine europäische Minderheitenkonvention sei der „beste Entwurf“. Er habe ihn in seinem eigenen Entwurf weitgehend übernommen. Minderheiten- und

Volkgruppenrechte seien „berechtigte internationale Anliegen und nicht nur innere Angelegenheit des jeweiligen Staates“. Die Region Schleswig sei ein „Beispiel für ein gelungenes Zusammenleben; es geht nicht um Abgrenzung, sondern um Zusammenarbeit“, ließ Bundesaußenminister Klaus Kinkel (FDP), Bonn, in einem Grußwort übermitteln, das FUEV-Präsident Dr. Karl Mitterdorfer, Bozen, vor einem Grußwort von Bundesinnenminister Rudolf Seiters (CDU), Bonn, verlas. „Die Bundesregierung begrüßt die FUEV-Initiative für ein Zusatzprotokoll zur europäischen Menschenrechtskonvention beim Europarat“, teilte Seiters mit.

Nordschleswiger, 22.5.1993

„Welche Angst haben Mehrheiten, Minderheiten Rechte vorzuenthalten?“
Schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) warnt: „Verdrängung und Druck sind keine Mittel, um Minderheitenprobleme lösen zu wollen“

Kupfermühle. Die Föderalistische Union Europäischer Volkgruppen (FUEV) ist „das Sprachrohr“ der Minderheiten und Volkgruppen „gegenüber Gesellschaft und Politik“, hat die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD), Kiel, auf dem 19. FUEV-Nationalitätenkongreß in Kupfermühle unterstrichen. „Sie haben durch neue Mitgliedschaften einen noch stärkeren Resonanzboden gefunden“, sagte Simonis, um Menschen anderer Bekenntnisses, anderer Nationalität und anderer Sprache zu helfen, denen diese Rechte vorenthalten werden.

„Manchmal fragt man sich: Welche Angst haben die Mehrheiten, den Minderheiten diese wenigen Rechte zu geben?“, sagte die Ministerpräsidentin auf einem Empfang der schleswig-holsteinischen Landesregierung vor Eröffnung des Kongresses mit über 300 Teilnehmern aus Minderheiten in allen Teilen Europas. „Verdrängung und Druck sind keine Mittel, um Minderheitenprobleme lösen zu wollen“, unterstrich die schleswig-holsteinische Regierungschefin in ihrer „ersten offiziellen Ansprache als gewählte, nicht mehr stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes“ (Simonis) und warnte – in Anspielung auf den Mordbrand in Mölln 1992 – davor, „Menschen anderer Herkunft so zu behandeln, wie das in Schleswig-Holstein passiert ist“.

Die FUEV und ihre Mitgliedsorganisationen zeigten im Gegensatz dazu deutlich, in welcher „Vielzahl und Buntheit wir miteinander leben“.

Die schleswig-holsteinische Landtagspräsidentin und ihre Vorgängerin „haben den Minderheiten hier im Lande immer besondere Aufmerksamkeit gewidmet“, betonte Simonis. „Daher sind wir etwas stolz, daß hier Minderheitenpolitik gemacht

wird“, indem sich die FUEV-Delegierten im deutsch-dänischen Grenzland „hier vor Ort ein eigenes Bild machen“ können. Es sei somit „konsequent“, daß die FUEV ihren 19. Kongreß an der deutsch-dänischen Grenze veranstalte.

Die heutige hiesige Situation sei das „Ergebnis einer langen Entwicklung“, sagte Simonis. „Es ist schon Jahrzehnte her, aber es hat auch hier geknirscht“. Das frühere unfriedliche Zusammenleben zwischen Mehr- und Minderheiten sei vorbei, „ein Beweis dafür, daß man es schaffen kann“. Dennoch müsse „jedes Land seine eigene, ihm passende Lösung finden“. Als Basis gelte, „den einzelnen Menschen zu achten und zu verstehen bei einem Mindestmaß an Bereitschaft zur Zusammenarbeit“.

Jegliche „Regelung ersetzt nicht den guten Willen“, verdeutlichte die Ministerpräsidentin. Auch in der deutsch-dänischen Grenzregion sei „der Weg zur Aussöhnung lang gewesen. Mißtrauen und die eigene Geschichte mußten überwunden werden“.

Nordschleswiger, 22.5.1993

Verdienstmedaille für Marie E. Zimmermann

Anerkennung langer ehrenamtlicher Arbeit

Für ihre langjährige ehrenamtliche Arbeit wurde gestern der fast 85jährigen Flensburgerin Marie Elisabeth Zimmermann die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Die Diplom-Bibliothekarin hat in den vergangenen 15 Jahren eine Spezialbibliographie der Literatur zur deutsch-dänischen Grenzregion verfaßt.

Oberbürgermeister Olaf Cord Dielewicz überreichte im Auftrag der Kultusministerin des Landes Schleswig-Holstein die von Bundespräsident Richard von Weizsäcker verliehene Auszeichnung. „Ohne den bewundernswerten Einsatz von Frau Zimmermann“, heißt es in der Begründung der Auszeichnung, „wäre das Werk nicht zustande gekommen, das nicht nur Wissenschaftlern, sondern auch Chronisten, Landesplanern, Regionalforschern und -politikern eine wichtige Materialsammlung bietet“.

Die „Bibliographie zur deutsch-dänischen Grenzregion“ umfaßt insgesamt 61 000 Titel der Erscheinungsjahre 1918 bis 1975 und ist in allen großen Bibliotheken in Deutschland und Dänemark auf Mikrofiche verfügbar.

In seiner Laudatio ging Oberbürgermeister Dielewicz auf den beruflichen Werdegang von Marie Zimmermann ein: Nach ihrer Ausbildung zur Bibliothekarin arbeitete sie in Flensburg. „Aus dieser Zeit existieren noch handgeschriebene Karteikarten von Frau Zimmermann am Alten Gymnasium“, weiß Dielewicz zu berichten. Ihre Tätigkeit setzte sie im Volksbüchereiwesen in Ostpreußen fort,

bevor sie 1945 zurück in die Fördestadt kam und 1947 bei der Büchereizentrale eine Beschäftigung fand.

Von 1960 bis zu ihrer Pensionierung im Jahr 1974 arbeitete Marie Zimmermann in der Bibliothek der Marineschule in Mürwik, wo sie maßgeblichen Anteil am Aufbau der Bibliothek hatte. Unter den Gratulanten waren gestern auch Vertreter des Deutschen Grenzvereins, für dessen Institut für regionale Forschung und Information Marie Zimmermann seit ihrer Pensionierung ehrenamtlich tätig ist.

Flensburger Tageblatt, 4.3.1993

Der Stellvertreter

Enthüllung des Schleswiger Mahnmals

Schleswig. Mahnmal und Denkmal für die während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verurteilten und hingerichteten Menschen zu sein – diesen Zweck soll die 2,50 Meter hohe Bronzeplastik erfüllen, die heute vor dem Oberlandesgericht in Schleswig enthüllt wird. Die Plastik des Worpweder Bildhauers Prof. Waldemar Otto zeigt einen Hingerichteten, einen Erhängten. Zwar steht die Figur mit den Füßen auf der Erde, doch lassen der kraftlos auf die Brust gesunkene Kopf und die nur im Ansatz vorhandenen Arme die Deutung zu, daß es sich um einen gebrochenen, geschlagenen Menschen handelt. Er, das Opfer, ist nicht mehr als ein Torso. Diesen Eindruck verstärkt Otto durch die Beschaffenheit des Werkstoffes, der noch die Bearbeitungsspuren trägt. „Man könnte einer solchen Abbildung entgegenhalten, sie verstoße gegen den guten Geschmack“ – doch gelte dieser Einwand auch für jedes öffentlich aufgehängte Kreuzifix, erklärte der Künstler. Er verzichtete auf individuelle Züge des Körpers. So schuf er ein Symbol, einen Stellvertreter für alle Ermordeten. Die Plastik ist aber nicht nur Denkmal, sondern auch Mahnmal. Das Denkmal vor dem Oberlandesgericht soll die im Gebäude tätigen Juristen ermahnen, „sich das geschehene Unrecht immer wieder vor Augen zu führen und die Lebenden zur Wachsamkeit auffordern“, so umschrieb Prof. Dr. Heinz Spielmann, Direktor des Landesmuseums, die Aussage der Bronzeplastik. Das Thema „Justiz im Nationalsozialismus“ hat an Brisanz nichts eingebüßt. Allein in Schleswig-Holstein waren in den Jahren zwischen 1933 und 1945 nachweislich 169 Menschen zum Tode verurteilt worden. Nun stellt sich die Stadt Schleswig und insbesondere das Oberlandesgericht der historischen Verantwortung. Die Idee „den Opfern der Willkür-Justiz von 1933 bis 1945 ein Mahnmal zu errichten, entstand 1989. Damals gründete sich eine Arbeitsgruppe, die Künstler zu Gestaltungsvorschlägen aufrief. Die Wahl fiel schließlich auf den Entwurf von Professor Otto. Das Justizministerium förderte das Projekt mit 50 000 DM.

Der dänische Ministerpräsident kommt zu den dänischen Jahrestreffen 4.-6. Juni

18-20 000 Dänen bei 49 Årsmøde-Veranstaltungen im ganzen Landesteil

Flensburg. Zu den prominentesten Teilnehmern an den dänischen Jahrestreffen („Årsmøde“) am 4-6 Juni gehört zweifelsohne der dänische Regierungschef, Ministerpräsident Poul Nyrup Rasmussen. Er hat zugesagt, in Flensburg auf dem DGF-Platz Grüße zu überbringen.

Nicht weniger prominent ist ein anderer Teilnehmer aus dem Königreich: der Präsident des Folketings, Henning Rasmussen, der seine Teilnahme an Veranstaltungen an allen drei Tagen zugesagt hat. Er überbringt Grüße in Schleswig.

Von deutscher Seite nimmt u.a. die Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Ute Erdsiek-Rave, an den Jahrestreffen teil. Sie besucht die dritte Freilichtveranstaltung in Tönning.

Weitere namhafte Vertreter dänischer Parteien, Verbände haben ihr Erscheinen zugesagt, und auch von deutscher Seite wurden weitere Gäste erwartet, z. B. der Grenzlandbeauftragte der Landesregierung, Kurt Schulz, sowie Stadtpräsident Peter Rautenberg und Oberbürgermeister Olav Cord Dielewicz, Flensburg.

Die Stadt Flensburg hat dem Årsmøde-Veranstalter, dem Südschleswigschen Verein zum Zwecke des Gebrauchs zu den Jahrestreffen eine Flensburger Stadtfahne überreicht. Ob diese Fahne allerdings bereits zur diesjährigen Årsmøde heißt wird – oder erst in einem Jahr oder noch später – ist von den Gremien des Südschleswigschen Vereins noch nicht entschieden. Alles in allem finden an diesem Wochenende im Juni 49 Årsmøde-Veranstaltungen statt. Hier treffen sich dänische Südschleswiger mit ihren Freunden aus ganz Dänemark zu einem Meinungsaustausch in Verbundenheit – aber auch zu kritischen Bemerkungen. Es werden Reden geschwungen, Grüße überbracht und viel Unterhaltung musischer wie sportlicher Art geboten. Pfadfinder-Orchester aus ganz Dänemark, die ihre Reise von zum Teil weither selbst bezahlen, ummanteln traditionell die Veranstaltungen.

Auch sind die Orchester in den Umzügen vor den jeweiligen Freilichtveranstaltungen nicht zu übersehen. Genauso wie die rotweißen Danebrog-Fahnen nicht zu übersehen sein werden.

Das diesjährige Årsmødeplakat ist eine modernisierte Fassung eines Plakates aus den 60er Jahren. Es zeigt die Südschleswig-Landkarte und die alten

Blasinstrumente, die Luren.

Die Gesamtteilnehmerzahl an den dänischen Jahrestreffen beläuft sich normalerweise auf 18-20.000 Menschen.

Südschleswigscher Pressedienst, 28.5.1993

Rot-weiß-blau-weiß-rot

Alein in Flensburg nahmen rund 10.000 Menschen an der Hauptveranstaltung des dänisch-südschleswigschen Jahrestreffens teil. „Årsmøde“ '93 stand diesmal unter einem neuen parteipolitischen Stern nach dem Kopenhagener Regierungswechsel, aber wie nicht anders zu erwarten war, so ändert sich nichts an der breiten parlamentarischen Zustimmung des Folketings für die Arbeit der dänischen Minderheit. Daß der neue Staatsminister Poul Nyrup Rasmussen schon wenige Monate nach seinem Regierungsantritt in Flensburg teilnahm, sollte die besondere Solidarität über die Grenze hinweg dokumentieren. Die berühmten Worte von 1920 auf Düppel, daß die Dänen südlich der Grenze nie vergessen werden sollen, verwandelte der Staatsminister in folgenden Kernsatz: Solange die dänischen Südschleswiger festhalten, haben sie einen Partner nördlich der Grenze, der ihnen nicht die Hand entzieht. Darüber hinaus unterstrich Nyrup den Willen zur Zusammenarbeit im Grenzland, „die anderen als Beispiel oder zumindest als Inspiration gelten könne“. Was die Zusammenarbeit mit der dänischen Minderheit anbetrifft, so kündigte der Staatsminister neue Kontakte an. Ob dabei an einen Lobbyisten für die dänische Minderheit auf Christiansborg gedacht war, bleibt abzuwarten, da diese Frage zwischen dem kulturellen SSV als Befürworter und dem SSW als Gegner unterschiedlich gesehen wird. Auch der Vorsitzende des vom Unterrichtsministerium gebildeten Fünf-Mann-Ausschusses für die Verwaltung der Staatszuschüsse, der Venstre-Abgeordnete Peder Sønderby, sieht in Zeiten enger Haushaltskassen keinen Bedarf für einen eigenen Lobbyisten der dänischen Minderheit in Kopenhagen!

Interessant waren auch die Aussagen des neuen sozialdemokratischen Folketingspräsidenten Henning Rasmussen, ebenso wie Nyrup ja Esbjerg, während Schlüter und H. P. Clausen beide aus Nordschleswig kamen. Gerüchten, wonach Christiansborgsche Verärgerung über die Anti-Unions-Auftritte des SSW-Abgeordneten K. O. Meyer sogar zu einer angedrohten Kürzung der dänischen Staatszuschüsse für die dänische Minderheit führen würden, hat Henning Rasmussen in seinen Gastreden eindeutig widersprochen. Solche Forderungen sind natürlich unsinnig, aber daß es sich nicht nur um tagesaktuelle Meinungsverschiedenheiten über die EG-Politik handelt, ist auch den Worten des im Fernsehen mit Dannebrog-Fliege auftretenden K. O. Meyers zu entnehmen,

dem seine Teilnahme an dänischen Fernsehsendungen vor der Volksabstimmung am 18. Mai vorgeworfen wird. „Es ist mein Recht als Däne, meine Meinung zu äußern“, verteidigte sich Meyer, dem nicht nur in Kreisen der dänischen Minderheit zur Last gelegt wird, als selbsternannter moralischer Kronzeuge des dänischen Volkes aufzutreten und damit auch die Politiker zu desavouieren.

In vielen Reden stand der erschütternde Rechtsextremismus südlich der Grenze im Mittelpunkt, wobei sich reichsdänische Politiker wie z.B. SF-Dame Ebba Strange um mehr Differenzierung bemühten als manche Vertreter der dänischen Minderheit, ja, der Flenburger SSW-Vorsitzende Dieter Matthiesen befürchtete sogar Angriffe auf die dänische Minderheit, wenn dem neonazistischen Treiben kein Ende gesetzt wird. Da ist dankbar zu erwähnen, daß Nordschleswigs Amtsbürgermeister Kresten Philipsen in seinem Grußwort auf gesamteuropäische Gewaltprobleme verwies und es als glücklichen Zufall bezeichnete, daß bisher noch kein dänisches Asylheim in Brand gesetzt worden ist.

Für fette Überschriften in „Avis“ sorgte auch der freiberufliche Kopenhagener Korrespondent von „Flensburg Avis“, Sten Harck, der in Flensburg als Redner „einen selbständigen Staat“ forderte – so wie Grönland und Färöer mit eigenem Etat aber außenpolitisch Dänemark unterstellt. Kein alter Grenzkampf-„Gruffti“, sondern ein Jurastudent anno 1993, der solche Töne von sich gibt! Es waren auch andere scharfe Töne zu hören. Die Diskussion über Berührungsängste der dänischen Minderheit spielte eine Rolle – nicht nur ausgelöst über den sogenannten Flaggenstreit, nachdem die dänische Seite in Flensburg es abgelehnt hatte, das Flaggen-Geschenk der Stadt Flensburg auf dem „Årsmøde“-Platz anzunehmen, was SSV-Vorsitzender Heinrich Schultz aber für 1994 anstreben möchte. „Wenn es um das Hissen der Flensburger Stadtfahne geht, hellste Aufregung. Laßt sie uns hissen gemeinsam mit dem schleswigschen Löwenbanner und der Friesenfahne, aber ‚nein danke‘ sagen zu Blau- weiß-rot – und zwar das ganze Jahr über“, so der wissenschaftliche Assistent von K. O. Meyer, Raning Krueger, der schweres Geschütz gegen den SSV auffuhr, weil der SSV sich angeblich mit dem SHHB zusammengesetzt haben soll, um Standpunkte des SSW-Landtagsabgeordneten zu diskutieren. „Hier machen die Rot-Weißen gemeinsame Sache mit den Blau-Weißen-Roten“, äußerte Krueger seinen bösen Verdacht und unterstrich damit erneut das ach so herzliche Verhältnis zwischen SSW und SSV. Ja, die dänische Toleranz blüht in herrlichsten Farben südlich der Grenze; weiter so!

Siegfried Matlok in:
Nordschleswiger, 8.6.1993